

## Algerien

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Rüstungsexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>4</b>
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18
Diversität in den Sicherheitskräften	20

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>21</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	30
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	34
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen für Algerien war im internationalen Vergleich lange gering. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Im Zeitraum von 2020 bis 2024 war Deutschland sogar der drittgrößte Waffenlieferant für Algerien; hinter Russland und China. Dies geht insbesondere auf die Lieferung von zwei Fregatten zurück sowie auf deutsche Zulieferungen für in Algerien in Lizenz endmontierte Fuchs-2-Radpanzer. Letzteres bedeutet auch einen maßgeblichen Technologietransfer, der Algerien dabei hilft, seine nationale Rüstungsindustrie weiter auszubauen. Um den Rüstungsbedarf der Streitkräfte decken zu können, ist das Land allerdings weiterhin auf den Import von Waffensystemen angewiesen. Algerien stellt damit auch einen wichtigen Abnehmer von Rüstungsgütern für Deutschland dar.

Die wichtigste Aufgabe des Heeres ist und war es traditionell, die langen algerischen Landesgrenzen zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien zu sichern. Die algerische Armee ist die am besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der hohen Arbeitslosigkeit und den großen wirtschaftlichen Problemen des Landes ist das Militär zudem ein attraktiver Arbeitgeber. Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen große Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika galt nach Einschätzung vieler Analyst:innen und Kommentator:innen als Marionette des mächtigen Militärapparates. Proteste der algerischen Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2011 richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Der Präsident konnte dabei auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der, auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstrierende vorgeht. Im Zuge der Proteste, die im Frühjahr 2019 zum Rücktritt Bouteflikas führten, stellte sich das Militär jedoch gegen den langjährigen Präsidenten und unterstützte die Forderungen nach seiner Absetzung. Die unter Tebboune zu Beginn des Jahres 2021 in Kraft getretene und umstrittene neue Verfassung weitete die Rechte der Streitkräfte aus.

### Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Algerien ist neben den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen auch den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die algerische Verfassung verspricht theoretisch einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist von 2023 bis 2025 bereits zum dritten Mal Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotzdem kommt es weiterhin zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die algerischen Behörden friedliche Aktivist:innen, Menschenrechtler:innen und Journalist:innen für Kritik am Regime festnehmen und inhaftieren lassen. So habe sich unter Präsident Tebboune die Zerschlagung der Opposition, unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medienanstalten intensiviert. Bislang wurden zudem kaum Bemühungen von der Regierung unternommen, den Verbleib der im Bürgerkrieg Verschwundenen aufzuklären.

Dieser herrschte in Algerien in den 1990er Jahren zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalist:innen und äußert sich in einigen Teilen des Landes noch bis heute in bewaffneten Auseinandersetzungen. Neben den Nachwehen des Bürgerkrieges, die bis heute

anhalten, beschäftigt ein weiterer innerer Konflikt das Land, der sich zwischen der Regierung und Imazighen-Stämmen in der Kabylei-Region abspielt. Noch im Sommer 2015 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Araber:innen und Imazighen in der algerischen Provinz Ghardaia, bis die Regierung schließlich die Armee zu Hilfe rief. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Imazighen bis heute vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit.

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. Darunter leidet die gesamte regionale Zusammenarbeit im Maghreb.

Algerien ist ein wichtiger Umschlagpunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollen. Insbesondere die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels. Auch Menschenhandel und -schmuggel sind ein großes Problem. Illegaler Waffenhandel beschränkt sich primär auf den Süden des Landes.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Algerien gehört mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 5.370 US-Dollar (2024) zur Gruppe der Länder mit gehobenem bis mittlerem Einkommen (upper-middle income economy). Mit einem Wert von 0,763 auf dem Human Development Index (HDI) rangiert Algerien 2023 auf Platz 96 von 193 Staaten und schneidet regional sehr gut ab. Es zählt damit zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Die soziale Lage vieler Algerier:innen bleibt jedoch problematisch, insbesondere ist die Arbeitslosigkeit (11,4 %) hoch, vor allem unter jungen Menschen (29,8 %). Gleichzeitig ist Algerien in sehr starkem Maße militarisiert (Rang 6 im aktuellen Global Militarisation Index).

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%	5,26
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%	0,2
2001	Tauchgeräte: 92,6%	0,74
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%	10,53
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%	1,03
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %	0,18
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%	19,03
2006	Teile für Infrarotausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5%; Formationsleuchten: 18,9%	1,8
2007	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2008	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Landfahrzeuge: 81,3%	0,51
2009	Sattelzugmaschinen und Teile für Landfahrzeuge: 65,4% Kommunikationsausrüstung und Stromversorgungen: 31,8%	9,0
2010	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 52,0%; Multisensorausrüstung und Teile dafür: 40,6%	19,84
2011	Transportpanzer und Teile für gepanzerten Fahrzeuge, Tarnbeleuchtungen: 98,4 %	217,43
2012	Geländewagen, LKW und Teile für Geländewagen, LKW, Landfahrzeuge: 94,8 %	286,72
2013	LKW, Geländewagen, Materialkits zur Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 94,9%	825,73
2014	LKW und Teile für LKW: 60,5 % Herstellungsausrüstung für Radargeräteteile, Funkgeräteteile, Fahrzeugmontage und Teile für Herstellungsausrüstung: 19,3% Bodenüberwachungsradar, Meridiankreisel und Teile für Bodenüberwachungsradar: 9,5%	163,65
2015	LKW und Teile für LKW: 87,8%	411,41

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Fregatte und Teile für Fregatte: 52,2% LKW, Geländewagen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 25,1% Torpedos, Flugkörper, Unterwassergranaten, Flugkörperabwehrsysteme und Teile für Torpedos, Bodenausrüstung für Flugkörper: 10,1%	1.418,10
2017	Fregatte und Teile für Fregatte: 41,5% LKW, Geländewagen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 18,4% Bordhubschrauber und Teile für Hubschrauber: 15,2% Torpedos, Flugkörper, Unterwassergranaten, Abfeuerausrüstung, Transportcontainer, Flugkörperwarner, und Teile für Torpedos, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 9,4%	1.358,77
2018	LKW, Transportpanzer [Materialkits] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 87,9%	818,18
2019	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge [Materialkits]: 96,6%	846,63
2020	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 73,5% Bildverstärkerausrüstung, Überwachungsanlagen [Grenzsicherung] und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Überwachungsanlagen [Grenzsicherung]: 13,2%	76,29
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 93,9 %	45,19
2022	Teile für Rohrmaschinenrichtgeräte: 98,1%	0,55
2023	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 77,0% Bodenüberwachungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Bodenüberwachungsradar: 22,5%	121,79
2024	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 79,9% Teile für Fregatten: 7,9%	558,72

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

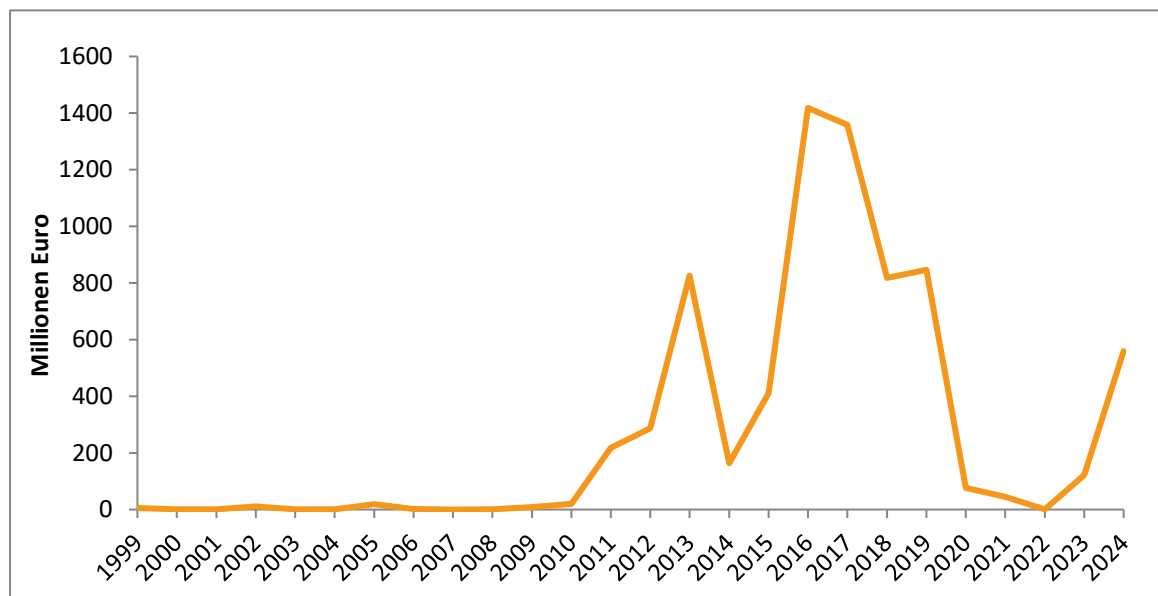
**Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024**

Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Algerien 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
9	MTU 20V-538	Dieselmotor	1983	1988-2002	9	Neuwertig
54	Fuchs-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	2011	2013-2014	54	Neuwertig
2	MEKO-A200	Fregatte	2012	2016	2	Neuwertig
(12)	MTU 16V1163	Dieselmotor	(2012)	2015-2016	(12)	Neuwertig
(1200)	Fuchs-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	(2014)	2015-2024	(957)	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

**Kommentar**

Deutschland ist lange Zeit kein bedeutender Rüstungslieferant für Algerien gewesen. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Zunächst genehmigte Deutschland Anfang 2011 den Verkauf von 54 Fuchs-Transportpanzern im Wert von 195 Millionen Euro und erteilte Ausfuhrerlaubnisse für die Lieferung von Geländewagen

und LKW im Wert von 286 Millionen Euro. Im Juni 2014 wurden Vertragsverhandlungen zwischen Algerien und Rheinmetall über ein 2,7 Mrd. Euro-Geschäft bekannt, das die Lieferung von Teilen für 1200 Fuchs-2 Transportpanzer sowie den Bau einer Produktionsstätte zur Montage der Panzer in der nordalgerischen Stadt Ain Smara vorsah. 2015 wurde mit den ersten Zulieferungen begonnen, welche bis 2028 andauern sollen. Bis 2025 wurden 957 Fuchs-Panzer in Algerien endmontiert. Branchenberichten zufolge könnten an derselben Produktionsstätte auch Radpanzer vom Typ Boxer in Lizenz produziert werden.

Im März 2012 hat Algerien mit ThyssenKrupp Marine Systems einen Kaufvertrag über die Beschaffung von zwei Fregatten der Meko-Baureihe unterschrieben. Das Geschäft wird auf insgesamt mehr als zwei Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung genehmigte zur Absicherung des Geschäfts eine Hermes-Bürgschaft über 2,13 Milliarden Euro. Nach der Auslieferung der ersten Fregatte im Februar 2016, wurde die zweite Fregatte vom Typ Meko A-200ALG im Mai 2017 an die algerische Marine übergeben. Vermutlich beinhaltet die Lieferung auch sechs Super-Lynx Bordhubschrauber. Die deutsche Bundeswehr hat die Ausbildung der algerischen Seeleute bestätigt. Die Kosten in Höhe von zwölf Millionen Euro werden von Algerien übernommen.

Die Genehmigungen der Bundesregierung im Jahr 2021 (16 Stück) beliefen sich auf einen Gesamtwert von über 45 Millionen Euro, was im historischen Vergleich relativ niedrig ist. Es wurden 2021 keine Anträge abgelehnt. Auch 2022 wurden mit vier Genehmigungen im Wert von 551.000 Euro nur relativ wenige Ausfuhren nach Algerien genehmigt. 2023 stieg der Genehmigungswert jedoch wieder auf 121,79 Millionen Euro. Deutschland bewilligte hier LKW und Teile für Landfahrzeuge, Bodenüberwachungsradare, Prüfausrüstung und Teile für Bodenüberwachungsradare.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Algerien 2020-2024 Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	598	162	418	393	128	1699

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers>

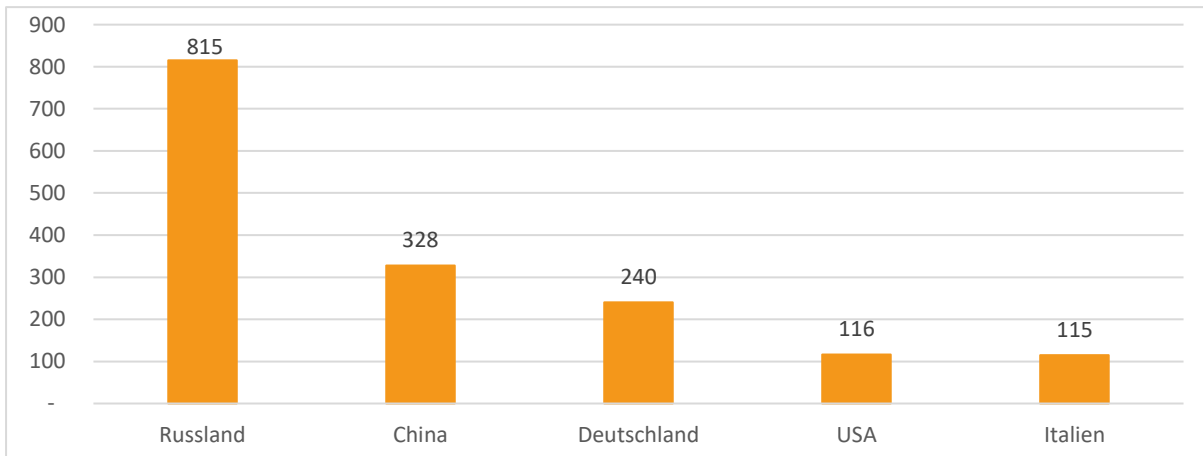
Tabelle 4

**Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Algerien 2020-2024, Mio. TIV**

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	48	48	48	48	48	240

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2025) nahm Algerien zwischen 2020 und 2024 die 21. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Dabei ist Russland seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 bis heute der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte. Im Jahr 2024 kamen noch rund 48% der Waffenimporte aus Russland. Im Juni 2014 wurde die russische Admiralty Shipyards von Algerien mit dem Bau von zwei U-Booten der Improved Kilo-Klasse beauftragt. Diese wurden 2018 geliefert. Ende Februar 2014 wurde bekannt, dass Algerien 2013 48 (Kampf-) Hubschrauber (42 Mi-28N/Havoc; 6 Mi-26T2/Halo) für die Luftwaffe bestellte. Diese wurden zwischen 2015 und 2018 geliefert. Der Vertrag im Umfang von 2,7 Milliarden US-Dollar umfasst zudem die Modernisierung 39 weiterer algerischer Helikopter des Typs Mi-8 zum Standard von Mi-8AMTSh-Helikoptern. Zwischen 2015 und 2016 importierte Algerien außerdem eine große Anzahl von T-90S Kampfpanzern (bis zu 200 Stück) aus Russland sowie zwischen 2016 und 2018 14 Su-30MK Mehrzweckkampfflugzeuge, von denen es zwischen 2011 und 2012 bereits 16 Stück gekauft hatte. 2019 orderte Algerien 14 Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29M, von denen bis Ende 2023 neun geliefert wurden. 2022 erhielt Algerien aus Russland zudem 20 Geschütztürme für Schützenpanzer sowie 200 Panzerabwehrraketen. Aufgrund von Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext

milliardenschwerer Waffengeschäfte will sich Algerien jedoch zunehmend um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten bemühen, was sich bereits in den Waffenkäufen der vergangenen Jahre widerspiegelt.

Deutschland war im Zeitraum 2015 bis 2019 drittgrößter, zwischen 2018 und 2022 sogar zweitgrößter Waffenlieferant Algeriens. Dies geht maßgeblich auf die beiden in den Jahren 2016 und 2017 gelieferten Fregatten vom Typ Meko A-200ALG sowie die Zulieferungen für die in Algerien endmontierten Fuchs-2-Transportpanzer zurück.

Mit China wurden in den vergangenen Jahren einige Lieferungen vereinbart, darunter unter anderem bis zu 50 Seezielflugkörper (C-802/CSS-N-8) sowie drei Korvetten (C-28A), die 2015 und 2016 geliefert wurden. Seit 2017 wurden zudem je fünf Drohnen des Typs CH-3 (bewaffnet) und CH-4A, 24 Wing Loong-2-Drohnen sowie selbstfahrende Mörser und Mehrfachabschuss-Raketensysteme, vier Luftsuch-Radarsysteme und 100 Panzerabwehrraketen aus China geliefert. 2020 wurde zudem ein Offshore-Patrouillenboot (Pattani) aus China geordert, welches 2023 ausgeliefert wurde.

Italien lieferten in den vergangenen Jahren bspw. drei MCMV-2010 Minenabwehrschiffe. 2024 wurde zudem ein Versorgungsschiff (Vulcano), sowie 2023 sieben Helikopter (AW-139) aus Italien geordert. Mit Frankreich vereinbarte Algerien 2018 eine Lieferung von 20 FPB-98 Patrouillenbooten, welche vermutlich zwischen 2019 und 2021 geliefert wurden. Zuvor hatte Algerien bereits 12 von 21 geordneten Patrouillenbooten des gleichen Typs erhalten (zwischen 2010 und 2011). Die Lieferungen seit 2012 aus Frankreich bestanden darüber hinaus aus ASW-Sonaren und Diesel-Motoren (SEMT-Pielstick 16PA-6).

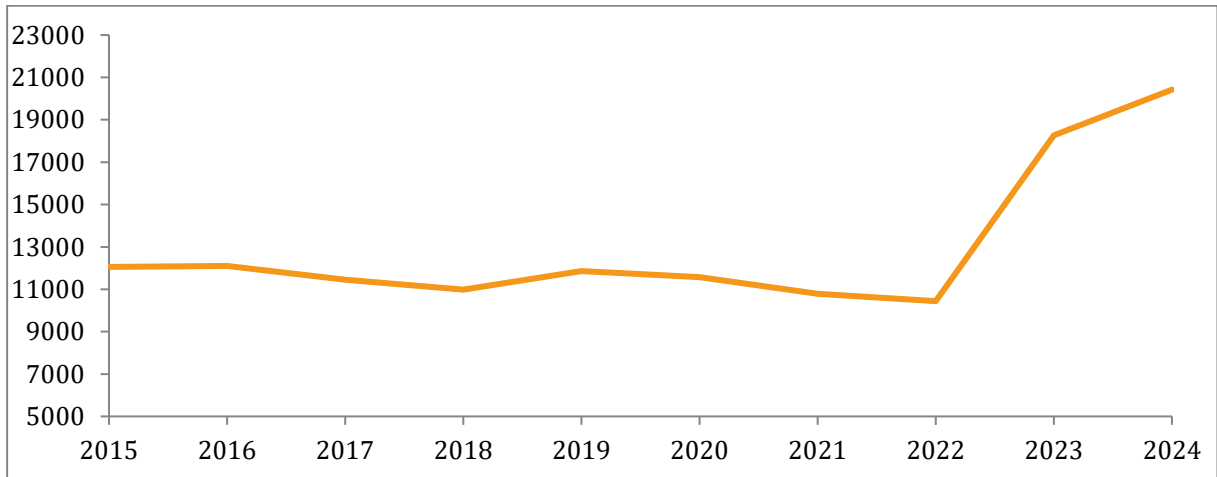
Aus den USA erhielt Algerien etwa 30 gepanzerte Mannschaftstransporter (MaxxPro) sowie vier C-130J Hercules Transportflugzeuge, von denen die letzten in 2024 ausgeliefert wurden.

## Militärausgaben

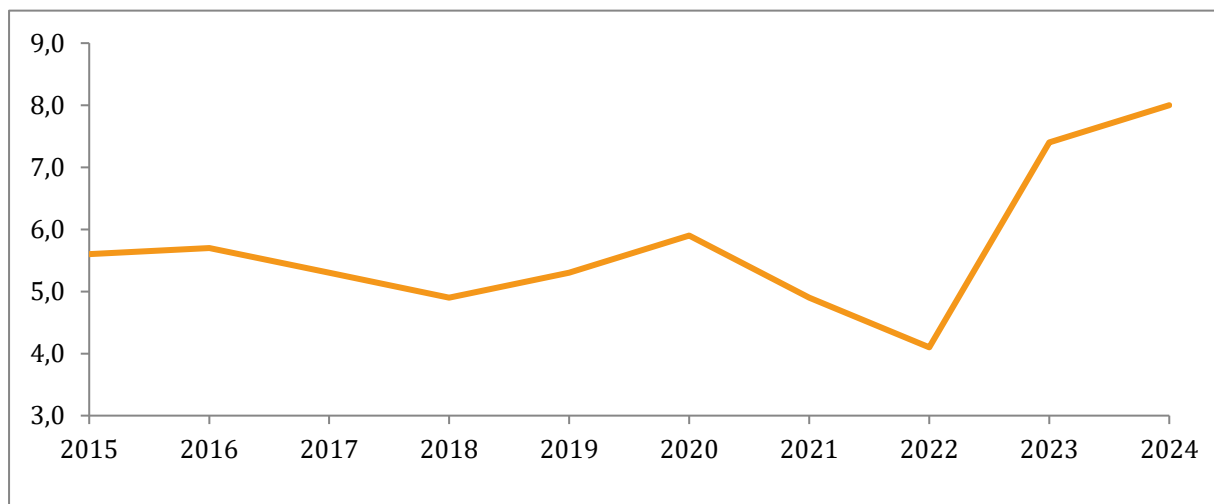
**Tabelle 5**  
**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	11577	10794	10441	18264	20423
Anteil am BIP (in Prozent)	5,9	4,9	4,1	7,4	8,0
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	15,7	15,0	12,4	20,0	21,4

*Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

**Schaubild 3****Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Lokale Rüstungsindustrie**

Algerien besitzt eine relativ kleine nationale Rüstungsindustrie, die jedoch zu mehr als nur der Wartung bestehender Militärausrüstung in der Lage ist. Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte abdecken zu können, ist das Land aber weiterhin maßgeblich auf den Import von Waffensystemen angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im

Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. Seitdem wurden dort insbesondere Boote für die Küstenwache der Kebir-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die Endfertigung von Djebel Chinoise Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus werden Militärlastwagen mit französischer Unterstützung in Lizenz produziert. Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA-Kontrollen ein.

Auch wenn in Algerien bisher vornehmlich gepanzerte Fahrzeuge, Leichtflugzeuge und Patrouillenboote in Lizenz hergestellt werden, hat das Land in den letzten Jahren aber maßgeblich in die eigene Rüstungsindustrie investiert, um deren Aufbau voranzutreiben. Mit einem Präsidialerlass im Jahr 2019 wurde das Entwicklungszentrum EDST gegründet. Es wird vermutet, dass unter dessen Führung vornehmlich Boden-Boden- und Luft-Boden-Waffen entwickelt werden sollen. Im Zuge der vermehrten Investitionen wurden auch einige Joint Ventures mit ausländischen Partnern gegründet. 2012 wurde bekannt, dass sich die Mechanical Industry Promotion Group des algerischen Verteidigungsministeriums mit der Tawazun Holding (Vereinigte Arabische Emirate) auf ein gemeinsames Unternehmen („NIMR-Algerie Joint Stock Company“) zur Produktion von NIMR Militärfahrzeugen in Algerien geeinigt hat. Auch die Lieferung und die Fertigung von deutschen Fuchs-Panzern vor Ort fördern die Kapazitäten der algerischen Rüstungsindustrie maßgeblich. Bis 2025 will Algerien mit der Unterstützung deutscher Unternehmen (insb. Rheinmetall) bis zu 980 Fuchs-Radpanzer – und eventuell auch Radpanzer vom Typ Boxer – für den eigenen Gebrauch fertigen. 2016 unterzeichnete das algerische Verteidigungsministerium außerdem eine Industrie- und Handelspartnerschaft mit dem italienischen Unternehmen Leonardo. Dieses sieht die Produktion von drei verschiedenen leichten und mittleren Hubschraubern (Typ AugustaWestland) in Ain Arnat in Algerien vor.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 12 Monate

### Box 1

#### **Gesamtstärke der Streitkräfte**

*139.000 aktive Streitkräfte, davon:*

*Heer: 110.000*

*Marine: 15.000*

*Luftwaffe: 14.000*

*Reserve: 150.000 (Heer)*

*Paramilitärische Einheiten: ca. 187.200, davon:*

*Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20.000*

*Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16.000*

*Republikanische Garde: 1.200*

*Kommunale Verteidigungsgruppen, Selbstverteidigungsmilizen: ca. 150.000*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## **Kommentar**

Die algerische Armee gilt als gut organisiert und hat als Institution einen guten Ruf innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Das algerische Militär hat eine zentrale Rolle gespielt bei der Beendigung der jahrzehntelangen Präsidentschaft von Abd al-Aziz Bouteflika im April 2019 in Folge weitreichender Proteste im Land.

Da die Streitkräfte aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren hervorgingen, bestanden sie ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter ehemaliger Militärs gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische Offizier:innen an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet. Im Zuge eines Bürgerkrieges gegen islamistische Gruppierungen nach Ende des Kalten Krieges erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Insgesamt gehören die algerischen Streitkräfte heute zu den fähigsten und den am besten ausgestatteten Armeen in Nordafrika. Die Hauptaufgaben des algerischen Militärs liegen in der Wahrung der territorialen Integrität, inneren Sicherheit und regionalen Stabilität. Algerien ist Teil der „North African Regional Capability Standby Force“ der Afrikanischen Union, deren logistische Basis in Algier ist. Regelmäßige Trainings der Armee entsprechen relativ hohen Standards. Enge Sicherheitskooperationen bestehen vor allem mit Tunesien (und seit 2024 auf mit der in Tripoli sitzenden libyschen Regierung), die seit langem bestehenden Spannungen mit Marokko führten 2021 jedoch dazu, dass die Anzahl der Grenzsoldat:innen beidseitig erhöht wurden. Angesichts dieser Spannungen erhöhte Algerien zudem die Militärausgaben zuletzt drastisch.

Bemühungen, das Militär zu professionalisieren, halten an. Bereits 2014 wurde die Wehrpflicht von 18 auf 12 Monate reduziert.

Neben moderner russischer Militärausrüstung finden sich zunehmend auch chinesische Rüstungsgüter im Besitz der algerischen Streitkräfte wieder.

Tabelle 6

**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	130	130	130	130	130	139	139	139	139
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	3,2	3,1	3,1	3	3	3,1	3,1	3	3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

**Kommentar**

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldat:innen. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 gesunken. Der Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren trotz Beginn des Bürgerkrieges fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldat:innen. Zwischen 2003 bis 2010 war allerdings ein erneuter Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2011 ist die Anzahl der Soldat:innen schließlich auf 130.000 gesunken und seither konstant geblieben, lediglich im Jahr 2021 wurde die Zahl um 9.000 Soldat:innen erweitert.

Eine Verfassungsänderung im November 2020 erlaubt den Streitkräften, künftig an UN-Friedensmissionen teilzunehmen. Mit der neuen Verfassung, die seit dem Beginn des Jahres 2021 gilt, wird dem Militär das Recht auf Entsendung von Militäreinheiten ins Ausland eingeräumt. Die traditionelle Militärdoktrin der Nichteinmischung gilt somit als gebrochen, was mit einer „terroristischen Bedrohung“ gerechtfertigt wird. Seither nehmen algerische Streitkräfte an der MONUSCO teil (Anfang 2025: ein:e Soldat:in).

**Bewaffnung der Streitkräfte**

Tabelle 7

**Heer**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1485	Zzgl. mehr als 26 Unterstützungsfahrzeuge
Aufklärer	70	
Schützenpanzer	980	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 1305	
Artillerie	1127	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Panzerabwehr	Mehr als 272	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte sowie Geschütze; zusätzlich Raketen und Panzerabwehrsysteme, z. B. <i>Milan</i> , <i>Kornet-E</i>
Luftabwehr	Mehr als 531	Raketensysteme und etwa 425 Geschütze

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Mit beinahe 1.500 Kampfpanzern verfügt das Heer über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart, auch wenn China zunehmend moderne Rüstungsgüter nach Algerien exportiert, darunter bspw. selbstfahrende Artillerie. Derzeit ist eine umfassende Modernisierung im Gange, die sich in zahlreichen Waffenkäufen und -importen widerspiegelt. Dazu gehört auch das Rüstungsgeschäft mit Deutschland über mehr als 1000 Fuchs-2 Radpanzer, die insgesamt zwischen 2015 und 2028 in Algerien produziert werden. Aus Russland hat Algerien außerdem 2015 bis 2016 203 T-90S Kampfpanzer importiert. Zwischen 2014 und 2018 hat Algerien zudem circa 200 gepanzerte Nimr Fahrzeuge aus den VAE zusammengebaut.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum im Folgenden zunehmend durch die Unterstützung der Gendarmerie und anderer paramilitärischer Kräfte im Kampf gegen die Islamistische Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in den Wüstenkriegen benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandekapazitäten, wurden während dieser Zeit besonders gefördert.

### Tabelle 8

#### Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	Zwei 877- <i>Paltus</i> (Kilo-I-Klasse) und vier 636- <i>Varshavyanka</i> (Kilo-II-Klasse)
Fregatten	5	
Patrouillenboote	29	
Davon Korvetten	4	
Minenboote	3	
Amphibienfahrzeuge	6	
Logistik und Unterstützung	4	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
------------------	--------	-----------

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Box 2

#### Weitere Marineeinheiten

Marine-Infanterie:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Marineflieger:

9 Mehrzweckhubschrauber

9 Such- und Rettungshubschrauber

Küstenverteidigung:

Einige Küstenraketenstartrampen

Küstenwache:

74 Patrouillenboote

9 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2025

#### Kommentar

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren vergrößert und modernisiert. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart; Frankreich und England lieferten bereits in den 1980er Jahren Korvetten und Küstenwachboote und ermöglichten dadurch Technologietransfers. Mit der Neuorientierung des Militärs zur Niederschlagung interner Aufstände in den 90er Jahren verlor die Marine jedoch an Bedeutung. Dennoch ist auch bei der Marine ein Modernisierungsprozess im Gange, der Rüstungsbeschaffungen einschließt. Zwei Fregatten der Meko-Klasse (A200; inklusive der entsprechenden Bordhubschrauber von Thyssen Krupp) wurden in der HDW-Werft in Kiel gebaut und erweitern nun seit Mai 2017 die maritimen Fähigkeiten Algeriens. Über den Bau zwei weiterer Fregatten dieses Typs auf einer neu errichteten Schiffswerft in Algerien wird spekuliert. Aus Russland importierte Algerien 2018 zwei Project-636E/Kilo U-Boote. Aus Italien und Frankreich hat Algerien Minensuchboote und Patrouillenschiffe erhalten. Ende 2023 lieferte China außerdem eine Pattani Korvette nach Algerien. Seit 2010 beschafft die Marine zudem immer mehr Helikopter, darunter sechs Super Lynx-100 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr aus dem Vereinigten Königreich.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	22	MiG-29S/UB Fulcrum
Jagdbomber	73	MiG-29M/M2 Fulcrum, Su-30MKA Flanker H
Erdkampfflugzeuge	33	SU-24M/MK Fencer D
Aufklärer	3	Alle kampffähig
Tankflugzeuge	6	
Transportflugzeuge	67	Davon sechs Passagiermaschinen
Ausbildungsflugzeuge	101	Davon 54 kampffähig
Kampfhubschrauber	72	
Such- und Rettungshubschrauber	3	
Mehrzweckhubschrauber	11	
Transporthubschrauber	136	
Luftabwehr	Mehr als 88	
Raketen	Einige	u. a. AS-12 Kegler, AA-10 Alamo
Drohnen	Einige	u. a. Seeker II, CH-3/4

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe ist es, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen. Die Modernisierung der Luftwaffe gehört seit 2000 zu den wichtigsten Aufgaben der algerischen Streitkräfte. Ein großer Anteil der Rüstungszukäufe der letzten Jahre war daher für die Luftstreitkräfte bestimmt. Im Zuge dessen wurden die Kapazitäten zur Grenzüberwachung mittels Drohnen erweitert: Mittlerweile befinden sich neben den südafrikanische Seeker II auch die zwischen 2018 und 2019 gelieferten Yabhon United und Yabhon Flash aus den VAE sowie die 2018 gelieferten CH-3/-4 Drohnen aus China im Einsatz der Luftwaffe, die allesamt bewaffnet werden können. Ferner hat Algerien in den letzten Jahren russische Abfangjäger, Transport- und Kampfhubschrauber in größerer Zahl importiert sowie drei US-amerikanische Transportflugzeuge erhalten. Letzterer Import entsprach einem Geschäft von rund 1,1 Mrd. US-Dollar.

**Box 3*****Paramilitärische Einheiten***

*Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet):*

*Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60)*

*210 gepanzerte Mannschaftstransporter (100 Fahd; 110 M3 Panhard)*

*Mehr als 12 Transporthubschrauber (AW109, PZL Mi-2 Hoplite)*

*Nationale Sicherheitskräfte:*

*Nur Kleinwaffen*

*Republikanische Garde:*

*Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60)*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

**Box 4*****Peacekeeping***

*Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1 Soldat:in*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

**Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire, ANP) bildet ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegskultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasionen hat. Die Algerier:innen erhoben sich 1954 gegen die mehr als einhundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich, um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten, soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offiziers- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offizier:innen weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierskorps rituell zu betonen. Die ANP ist bis heute die am besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der hohen Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen attraktiven Arbeitsgeber dar.

Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der schließlich 1965 zu einem Militärcoup

unter Oberst Houari Boumediene führte. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflussnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach außen hin propagiert. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiterentwickelt.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der Front Islamique du Salut (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluss der Streitkräfte noch weiter anstieg. Im Jahr 1994 versuchte das Militär erstmals, Abd al-Aziz Bouteflika als Staatspräsidenten zu installieren, 1999 dann wurde dieser gewählt und bekleidete über zwei Jahrzehnte dieses Amt. Nach Einschätzung vieler Analyst:innen und Kommentator:innen galt Bouteflika als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor weitestgehend verhindert.

Proteste im Rahmen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ erreichten in der ersten Jahreshälfte 2011 auch Algerien und richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Angesichts der Umstürze in Ägypten und Tunesien fürchtete Bouteflika eine ähnliche Entwicklung in Algerien. Der Präsident konnte zunächst jedoch auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstrierende vorging. Im Zuge der Proteste, die im Frühjahr 2019 zum Rücktritt Bouteflikas führten, stellte sich das Militär jedoch gegen den langjährigen Präsidenten und unterstützte die Forderungen nach seiner Absetzung, was maßgeblich zur Beendigung dessen Präsidentschaft führte.

Seit dem Umsturz hat sich das politische Gleichgewicht zu Gunsten der militärischen Eliten verschoben, diesmal jedoch ohne eine starke konkurrierende Präsidentschaft. Durch die Umsetzung der Forderungen der Hirak-Bewegung konnte sich das Militär legitimieren: dem Arab Index Survey zufolge ist das Vertrauen in das Militär mit 87 Prozent (Stand: Juli 2020) enorm hoch. Dennoch wird dem Militär auch unterstellt, lediglich eine Strategie der „zivilen Fassade“ zu verfolgen und die eigenen Einflussphären abseits demokratischer Legitimation auszuweiten. Das repressive Vorgehen seit der Wiederaufnahme der Hirak-Proteste im Februar 2021 untermauert diesen Vorwurf.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

***Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)***

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.  
<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Die Sicherheitskräfte Algeriens bestehen neben dem Militär aus der Zivilpolizei (Direction Générale de la Sûreté Nationale, DGSN) und der paramilitärischen Gendarmerie (Gendarmerie Nationale oder National Rural Police Force). Die Zivilpolizei ist formal dem Innenministerium unterstellt und hat derzeit (Stand: 2024) rund 200.000 Mitarbeiter:innen. Aufgabengebiete umfassen die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Grenzkontrollen und allgemeine Strafverfolgung, insb. im urbanen Raum. Der Zivilpolizei sind auch die paramilitärischen Nationalen Sicherheitskräfte mit ihren 16.000 Beschäftigten unterstellt. Während des Arabischen Frühlings spielten die Polizei- und Sicherheitskräfte eine wichtige Rolle für das Regime in der Niederschlagung der Demonstrationen. Darüber hinaus besteht mit der 20.000 Personen starken Gendarmerie (nach Angaben des IISS; andere Quellen sprechen von 130.000) eine paramilitärische Einheit, welche dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Die Gendarmerie wird hauptsächlich als Polizeieinheit in ländlichen Gegenden eingesetzt sowie in Gebieten, in denen Spannungen und Konflikte bestehen. Sie ist ausgestattet mit einigen Aufklärern (AML-60), 210 gepanzerten Mannschaftstransportern (M-3 Panhard und TH 390 Fahd) sowie mehr als zwölf leichten Hubschraubern (Mi-2 Hoplite, AW109). Die Republikanische Garde ist eine 1.200 Personen starke Spezialeinheit. Diese teilt sich in verschiedene Eliteeinheiten, eine Bereitschaftseinheit (schnelle Eingreiftruppe) sowie Einheiten zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung und umfasst Aufgaben wie etwa nationale Sicherheit, Grenzkontrollen, Personenschutz und Gefangenentransporte. Hauptaufgabe ist jedoch der Schutz des:der Präsident:in. Die Truppen sind äquivalent zu den militärischen Bezirken auf sechs Stützpunkte im Land verteilt.

Des Weiteren gibt es eine zivile paramilitärische Gruppierung (Legitimate Defence Groups), die etwa 150.000 Personen zählt. Diese umfasst auch die kommunale Garde (60.000 Personen). Sie wurden Ende der 1990er Jahre als Reaktion auf zunehmende Terroranschläge in ländlichen Gebieten mit dem Einverständnis der Regierung gegründet und wurden lange Zeit von der Regierung mit Waffen ausgerüstet. Es gibt jedoch Bestrebungen des Innenministeriums, die Einheiten aufzulösen. Berichten zufolge scheint es, dass die Regierung teilweise die Kontrolle über sie verloren hat.

Der Geheim- und Sicherheitsdienst Algeriens (Department of Intelligence and Security, DRS) ist dem Militär zugeordnet und übernimmt klassische Geheimdienstarbeit für das Militär, ist aber ebenso für die interne Sicherheit und Gegenspionage zuständig. Ihm ist eine 300 Personen starke Interventionseinheit (Groupe d'Intervention Spécial, GIS) zugeordnet. Auch Private Sicherheitsfirmen sind weit verbreitet. Mit mittlerweile dutzenden Firmen ist das private Sicherheitsgewerbe ein florierender Wirtschaftszweig. Besonders in der Öl- und Gasindustrie, aber auch im Objekt- und Personenschutz finden sich private Sicherheitsdienstleister wieder.

Der Polizei wurde im Zuge der Protestwelle mit Beginn des Jahres 2021 gewalttätige Repression vorgeworfen, darunter gezielte Verhaftungen, Einschüchterungen sowie Misshandlungen in Polizeigewahrsam.

## Diversität in den Sicherheitskräften

Da Homosexualität in Algerien unter Strafe steht, nicht-binäre Geschlechter und Geschlechtsangleichungen nicht anerkannt werden, können LGBTQIA+-Personen in keiner der Sicherheitskräfte offen dienen. Die Beteiligung von Frauen hingegen hat eine längere Tradition und geht bereits auf den Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich zurück. Allerdings erlangten sie hier keine Führungspositionen. Der Großteil war als sogenannte „Mussabilet“ tätig – ihre Hauptaufgabe bestand darin, Geld, Medikamente und Waffen u.ä. zu beschaffen sowie die „Mudschaheddin“ (Kämpfer:innen) zu pflegen. Nur rund 3 % der Mudschaheddin waren weiblich; etwa 2 % der Frauen waren an aktiven Kampfhandlungen beteiligt.

Seit der Gründung der Streitkräfte im Jahr 1962 konnten Frauen diesen als zivile Kräfte oder in administrativen Positionen beitreten. Ab 1978, unter Präsident Houari Boumédiène, war es ihnen zudem möglich, als Unteroffizierinnen und Offizierinnen zu dienen. Aus „Kostengründen“ wurde die Aufnahme von Frauen von 1986 bis 2001 jedoch wieder ausgesetzt. Erst durch ein Dekret Präsident Bouteflikas im Februar 2006 wurden Frauen im Militär Männern rechtlich weitestgehend gleichgestellt. Seither sollen sie zumindest theoretisch gleiche Chancen erhalten – etwa in Bezug auf Rekrutierung, Ausbildung, Beförderung und Sozialleistungen. Gleichzeitig wurden 2006 auch Regelungen zu Mutterschaftsurlaub und Freistellungen für Studienzwecke eingeführt. Zunächst blieb Frauen der Zugang zu Kampfeinheiten wie Infanterie, Artillerie oder Panzerverbänden jedoch weiterhin verwehrt. Den höchstmöglichen Rang können Frauen erst seit 2009 erreichen: In diesem Jahr erlangte Fatima Zohra Ardjoune als erste Frau den Rang eines Generals. 2012 und 2015 folgten ihr insgesamt vier weitere Frauen; 2017 erreichte Fatma Boudouani erstmals als Frau den Rang eines Majorgenerals.

Was die aktuelle Repräsentation betrifft, ist die Datenlage unklar: 2018 lag der Anteil von Frauen am gesamten „Sicherheitsapparat“ bei rund 10 %. 2019 betrug der Anteil weiblicher Rekruten 18 %, wobei der Anteil der tatsächlich im Dienst befindlichen Frauen vermutlich geringer ausfällt. Unter den zivilen Mitarbeitenden lag der Frauenanteil hingegen bei etwa 51 %. Die Mehrheit der Frauen ist nach wie vor in traditionellen Rollen tätig und besetzt nur wenige Entscheidungspositionen. Im Dezember 2025 war die einzige an eine UN-Friedensoperation entsendete Person männlich.

Einen Nationalen Aktionsplan zur Implementierung der Women Peace and Security-Agenda hat Algerien bisher noch nicht vorgelegt. Es existieren aber Gender-spezifische Trainings für Sicherheitskräfte und Polizei, bspw. zum Umgang mit Geschlechtsbasierter Gewalt (GBV), traumasensiblen Umgang mit Überlebenden oder korrekter Dokumentation. Hier beteiligt sich Algerien auch im regionalen Kontext (etwa im Rahmen der Afrikanischen Union). Solche Trainings sind allerdings nicht systematisch und oftmals freiwillig. Zumindest die Polizei hat aber auch entsprechende Ansprechpersonen (Gender-Focal-Points).

Im Jahr 2011 arbeiteten insgesamt rund 9.700 Frauen bei der Polizei, davon 7.300 als Vollzugsbeamtinnen und etwa 370 in Führungspositionen – darunter fünf im Rang eines Brigadegenerals. Laut UNODC waren im Jahr 2021 4,6 % der Polizeibediensteten weiblich. Aktuellere Anteile von Frauen, insb. in Führungspositionen der Polizei oder der Gendarmerie, liegen nicht vor. Generell dürfen Frauen aber auch in der Gendarmerie dienen, sind jedoch auch hier von Einsatz- und Reserveeinheiten ausgeschlossen.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Unterschrieben, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Unterschrieben, nicht ratifiziert	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch den am 15. Juli 2009 in Kraft getretenen Pelindaba-Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) ratifizierte Algerien. In Bezug auf die Anti-Personenminen-Konvention weist der Landmine Monitor Report 2015 auf einige bestehende Probleme hin: Algerien ratifizierte die Anti-Personenminen-Konvention am 1. April 2001. Die algerische Regierung geht davon aus, dass bestehende nationale Gesetze für die Umsetzung der Konvention ausreichen, um mögliche Vertragsverletzungen zu ahnden. Das Land produzierte oder exportierte zwar niemals Anti-Personenminen, importierte und nutzte diese jedoch in der Vergangenheit. Infolgedessen zerstörte die Regierung im Jahr 2005 insgesamt 150.050 Minen. Nach Angaben der algerischen Regierung befinden sich seit etwa 2010 keine weiteren Bestände von Anti-Personenminen mehr in den Arsenalen der Streitkräfte. Berichte stellen diese Angaben jedoch infrage, da Beobachter weiterhin kleine Mengen von Anti-Personenminen in den Händen der Sicherheitskräfte vermuten. Weitaus problematischer gestaltet sich der Umgang mit bereits verlegten Minen. Zwischen November 2005 und März 2006 entdeckte und zerstörte die Armee rund 190.000 unterirdisch platzierte Anti-Personenminen; im Jahr 2013 beseitigte sie weitere 76.000. Diese Zahlen entsprechen jedoch nur einem geringen Prozentsatz der über drei Millionen Minen an der östlichen und westlichen Grenze des Landes. Weitere rund 10.000 zerstörte Anti-Personenminen stammten aus den Konflikten mit aufständischen Gruppen während der 1990er Jahre. Laut Landmine Monitor erklärte Algerien im Dezember 2016 die Erfüllung seiner Räumungsverpflichtungen, räumte jedoch ein, dass teilweise weiterhin kontaminierte Gebiete bestehen. So räumten die zuständigen Stellen im Jahr 2024 noch rund 700 Anti-Personenminen. In den Jahren 2019 und 2020 beseitigten sie 4.499 beziehungsweise 8.813 Minen, im Jahr 2022 weitere 1.247.

Derzeit verhängen weder die Europäische Union noch die Vereinten Nationen Sanktionen oder Waffenembargos gegen Algerien.

## Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

**Tabelle 12**

### **Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen**

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### **Box 5**

#### **Auszug aus dem Bericht von Human Rights Watch 2026**

Da der Jahresbericht zu Algerien keine Zusammenfassung enthält, folgt die Zusammenfassung zu 2025:

*Algerian authorities continued to crush dissent and close civic space by cracking down on critical voices and restricting freedom of expression, the press, association, assembly, and movement. President Abdelmadjid Tebboune was re-elected for a second term in September in a climate of repression and muzzle of the media, absent genuine political debate. Authorities continue to repress critical voices, including in the media, prosecuting activists, journalists, and lawyers for peaceful expression. Authorities tightened criminal legislation and continued to use repressive laws against dissent, including anti-terrorism provisions.*

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/algeria>

**Box 6****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*Authorities continued to curtail exercise of the rights to freedom of expression, peaceful assembly and association. They used arbitrary arrests, unfair trials based on unfounded terrorism and other charges, and travel bans to punish peaceful dissidents. Authorities hindered the activities of trade unions and political parties and obstructed peaceful gatherings. Authorities adopted a new Code of Criminal Procedure that undermined the right to a fair trial and introduced legal amendments allowing the death penalty for drug-related offences. Algeria lifted a reservation on CEDAW and announced measures to protect women survivors of violence. Authorities carried out a record number of collective expulsions of Black migrants to Niger. Limited progress was made to reduce gas flaring.*

Quelle: Amnesty International Report 2026

<file:///C:/Users/paul.rohleder/Downloads/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

**Box 7****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

*Bewertung für Algerien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 21/60*

*Politische Rechte: 10/40*

*Gesamtbewertung: Nicht frei (31/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

**Box 8****Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

*Political affairs in Algeria have long been dominated by a closed elite based in the military and the ruling party, the National Liberation Front (FLN). While there are multiple opposition parties in Parliament, elections are distorted by fraud, and electoral processes are not transparent. Other concerns include the suppression of street protests, legal restrictions on media freedom, and rampant corruption. The Hirak protest movement in 2019 put pressure on the regime to reform, but a crackdown on dissent in the following years has prevented large-scale demonstrations from continuing.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/algeria/freedom-world/2026>

**Kommentar**

Algerien ist den meisten wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und trat von 2013 bis Ende 2016 bereits zum zweiten Mal in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ein. Im Oktober 2022 wählten die Mitgliedstaaten Algerien erneut für die Amtsperiode 2023–2025 in diesen Rat. Auch garantiert die algerische Verfassung formal einen weiten Grundrechtsschutz, doch hält sich die Regierung nicht an diese Vorgaben. Behörden schränken grundlegende Menschen- und Bürgerrechte ein, diskriminieren Bevölkerungsgruppen und verhaften ohne rechtsstaatliche Grundlage Kritiker:innen, Aktivist:innen und Journalist:innen. Der Verbleib zahlreicher „Verschwundener“ aus Zeiten des Bürgerkriegs ist

weiter ungeklärt. Die Proteste zu Beginn des Jahres 2011 zeigten, dass das Regime bereit ist, Demonstrationen mit Gewalt zu begegnen und Reformbestrebungen zu unterdrücken. In diesem Kontext schränkte die Regierung die Versammlungsfreiheit stark ein und verschärfte die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Sie intensivierte auch die Überwachung oppositioneller Gruppen, auch elektronisch.

Ab 2019 ging die Regierung zudem repressiv gegen die Hirak-Bewegung vor. Viele Journalist:innen und Aktivist:innen, die im Zuge der Bewegungen inhaftiert wurden, blieben noch 2021 hinter Gittern. Die Behörden stellen Kritik am Regime weiterhin als Sicherheitsvergehen dar und nutzen Gesetze gegen „Terrorismus“, um friedliche Aktivist:innen, Menschenrechtler:innen und Journalist:innen zu verfolgen. Nationale Oppositionsgruppen stuften sie wiederholt als „Terrororganisationen“ ein. Unter dem 2019 gewählten Präsidenten Abdelmadjid Tebboune setzte die Regierung die Zerschlagung politischer Opposition, unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medienanstalten fort. Repressive Maßnahmen gegen kritische Stimmen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen nahmen weiter zu und engen den politischen und gesellschaftlichen Raum für Opposition weiter ein.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Algerien hat auf internationaler Ebene die meisten wichtigen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) sowie zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Convention on the Rights of the Child – letztere inklusive ihren Fakultativprotokollen. Auf nationaler Ebene ist die Umsetzung bestehender Schutzmechanismen durch die Behörden jedoch vielfach unzureichend.

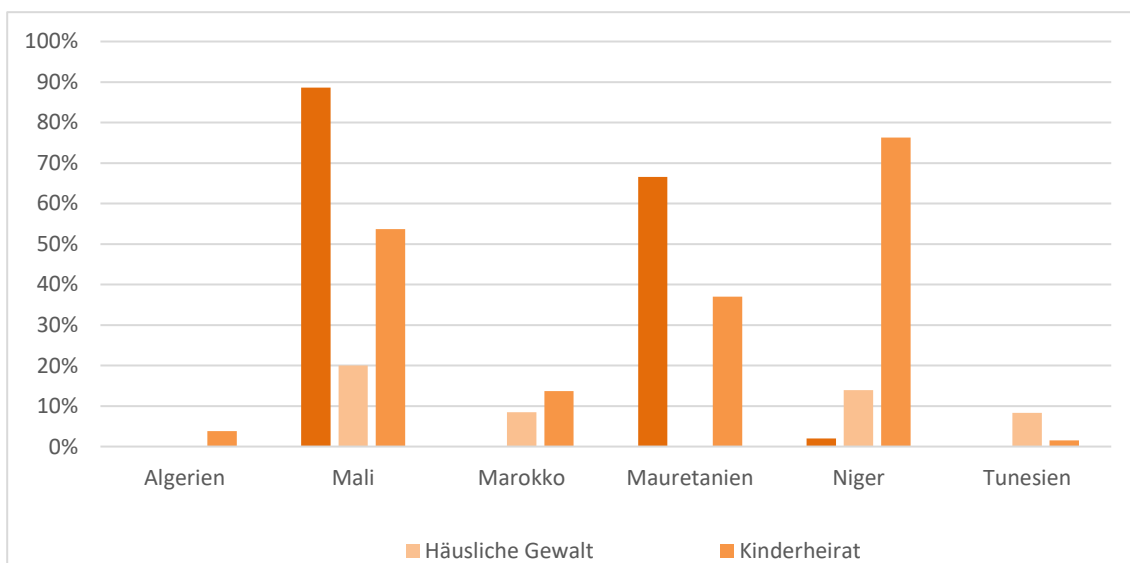
Geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) bleibt in Algerien bspw. ein persistentes Problem. Laut UNFPA geben 59 % der Frauen in Befragungen an, häusliche Gewalt durch den Ehemann unter bestimmten Umständen als „akzeptabel“ anzusehen. Gleichzeitig gibt es aber kaum belastbare, insbesondere landesweit repräsentative Prävalenzdaten zu Gewalt gegen Frauen. Rechtlich wurde häusliche Gewalt erst 2015 ausdrücklich unter Strafe gestellt. Vergewaltigung ist grundsätzlich strafbar, jedoch nicht innerhalb der Ehe. Nach Angaben von UNFPA gaben 5,2 % der befragten Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren an, physische häusliche Gewalt zu erleben, während 0,6 % von Vergewaltigung in der Partnerschaft berichteten (Daten vermutlich aus den späten 2010er Jahren). Aufgrund der starken Stigmatisierung ist jedoch von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen. Frühere Erhebungen zeigten zudem deutlich höhere Werte: 2005 berichteten 10,9 % der algerischen Frauen von Vergewaltigung in der Ehe, 2013 lag dieser Anteil bei 14 %. Auch die Unterstützungsstrukturen für Betroffene sind schwach. Im Jahr 2022 existierten landesweit lediglich drei Frauenhäuser sowie sieben weitere temporäre Notunterkünfte für Frauen. Offiziellen Polizeidaten zufolge registrierte die Polizei im Jahr 2022 insgesamt 1.404 Gewalttaten durch Ehemänner sowie 3.732 Beschwerden wegen Gewalt gegen Frauen innerhalb eines einzigen Quartals. Auch hier ist davon auszugehen, dass nur ein Bruchteil der tatsächlichen Fälle angezeigt wird. NGOs dokumentierten 2019 mindestens 75 Femizide, 2020 mindestens 54. Schätzungen gehen von bis zu 100 Femiziden pro Jahr aus – demnach würden durchschnittlich ein bis zwei Frauen pro Woche Opfer eines Femizids.

Die Rechte von LGBTQIA+-Personen sind in Algerien massiv eingeschränkt: In Algerien sind sowohl gleichgeschlechtliche Partnerschaften als auch Handlungen illegal (bis zu zwei Jahre Haft). Nicht-binäre Identitäten oder Geschlechtsangleichungen werden rechtlich nicht

anerkannt. Es gibt zudem keinerlei Gesetze gegen Diskriminierung, etwa hinsichtlich Hasskriminalität, dem Wohnungs- oder dem Arbeitsmarkt. Noch im Januar 2023 verkündete die Regierung, dass die Verbreitung von „sittenwidrigem“ Material (etwa regenbogenfarbene Spielzeuge, Flaggen o.ä.) illegal sei und mit Bußgeldern geahndet werden könne. Im Equaldex erreicht Algerien daher nur 13 von 100 Punkten (hinsichtlich rechtlicher Situation sogar nur 7), sodass es hier weltweit nur den 167. Platz einnimmt. Immerhin gibt es auch keine Berichte über ein weit verbreitetes gezieltes Vorgehen durch den Staat, gegen die Community. Nur selten werden LGBTQIA+-Personen tatsächlich verurteilt. Allerdings erfahren sie bei Übergriffen aus dem Umfeld oder der Gesellschaft auch kaum Schutz.

Auch hinsichtlich des Schutzes von Kindern gibt es weiterhin Probleme: Im Jahr 2019 waren 4 % bzw. 1,1 Mio. Frauen (zwischen 20 und 24) unter 18 Jahren verheiratet; 180.000 sogar unter dem Alter von 15 Jahren. Damit ist die Rate zuletzt wieder gestiegen – 2009 lag die Prävalenz für unter 18-jährige bei 2,5 %. Jedoch liegt Algerien damit deutlich unter dem Durchschnitt Nordafrikas, der 2024 noch bei 12,6 % lag. Die klassische Verteilung nach Haushaltseinkommen (für gewöhnlich ist die Praxis in ärmeren Regionen verbreiteter) ist in Algerien nicht stark ausgeprägt. Auch Kinderarbeit kommt weiterhin vor: 2024 arbeiteten 3,6 % der 5- bis 14-jährigen. Weibliche Genitalverstümmelung ist jedoch keine verbreitete Praxis in Algerien.

### ***Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %***



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 9

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung**

*This report underscores a period of relative recovery for Algeria, although the sustainability of this recovery remains uncertain. The ongoing conflict in Ukraine has kept oil and gas prices elevated, enabling the Algerian government to bolster its financial reserves.*

*A new government, led by Prime Minister Aymen Benabderrahmane – a seasoned economist, former central bank governor, and finance minister – assumed office on June 30, 2021. This administration has displayed a readiness to sever ties with European partners who oppose Algeria’s regional interests. For instance, in a recent dispute over Western Sahara with Madrid, Algeria suspended a 20-year-old friendship treaty and recalled its ambassador from Spain on March 19, 2022. This suggests that the government perceives the Ukraine war as an opportunity to enhance its global standing and exploit Europe’s gas demands. However, these actions, including the suspension with Spain and the breakdown of diplomatic relations with Morocco, have eroded Algeria’s credibility among long-standing partners.*

*However, in the realm of freedom of speech, Algeria continues to face challenges. The number of arbitrary arrests of journalists has risen since the inception of the Hirak movement in 2019. Most recently, in December 2022, the prominent journalist Ihsane El-Kadi was arrested and charged with political reporting-related offenses. This incident garnered national and international condemnation, resulting in the suppression of newspapers, opposition parties, and movements. Presently, there are over 288 political prisoners, and thousands of individuals are entangled in lawsuits due to their involvement in the Hirak. Furthermore, anti-terror laws have been revised to specifically target dissenting voices.*

*Finally, in August 2022, during President Macron’s visit to Algeria, President Abdelmadjid Tebboune made a strategic decision to shift the primary foreign language taught in Algerian schools from French to English. This decision marks a significant departure from the country’s historical ties to France.*

*Quelle: [BTI 2024 Algeria Länderbericht: BTI 2024 \(bti-project.org\)](https://www.bertelsmann-stiftung.de/atlant/2024/01/2024-algerien/)*

#### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Algerien 34 von 100 möglichen Punkten (2024: 34 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Bosnien-Herzegowina, Indonesien, Laos, Malawi, Nepal oder Sierra Leone. Deutschland erzielte 77 Punkte.

*Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>*

#### **Spannungen und innere Konflikte**

##### ***Unruhen im Rahmen des Arabischen Frühlings***

Im Zuge der Proteste in Tunesien im Frühjahr 2011, die zum Sturz des Regimes Ben Ali führten, kam es auch in Algerien zu Demonstrationen und Ausschreitungen. Bei den Zusammenstößen zwischen Bevölkerung, Polizei und Militär artikulierten die Protestierenden vor allem politische Missstände und forderten demokratische Reformen. Um einen Regimeumsturz zu verhindern, hob die Regierung den seit 19 Jahren bestehenden Ausnahmezustand

auf und stellte weitere Reformen in Aussicht. Gleichzeitig reagierte sie jedoch mit Gewalt auf die Proteste und ließ zahlreiche Kundgebungen durch Sicherheitskräfte niederschlagen.

Insgesamt verliefen die Aufstände in Algerien vergleichsweise begrenzt und ebten rasch ab. Dies ist unter anderem auf das tiefsitzende Bevölkerungstrauma zurückzuführen, das aus der von Bürgerkrieg geprägten jüngeren Geschichte des Landes resultiert. Dennoch konnten die Regierung und die politischen Institutionen die inneren Spannungen weder durch Reformankündigungen (welche in einer neuen Verfassung münden sollten) noch durch die Parlamentswahlen im Mai 2012 nachhaltig entschärfen. So fanden im April 2014 Präsidentschaftswahlen statt, die Abdelaziz Bouteflika eine weitere Amtszeit von fünf Jahren sicherten. Die Wahlen gingen mit schweren Unruhen in der Region Kabylei einher, die sich gegen Präsident Bouteflika sowie gegen Korruption und hohe Arbeitslosigkeit richteten. Wie bereits zuvor galten auch diese Wahlergebnisse als stark umstritten. Bereits im Mai 2014 veröffentlichte die Regierung erste Reformvorschläge und führte hierzu Konsultationen mit Vertreter:innen aus Politik und Gesellschaft durch. Zudem erzielte die Regierung in einer Reihe von Gesprächen mit der kabyllischen Bürgerbewegung Aarouch eine Verständigung, die in einen Waffenstillstand mündete. Im Gegenzug machte der Staat begrenzte Zugeständnisse an die Protestbewegung.

Im Jahr 2019 eskalierten die politischen Spannungen erneut, nachdem Bouteflika seine abermalige Kandidatur angekündigt hatte. Massenproteste und ein landesweiter Generalstreik folgten. Über 100 Richter:innen erklärten öffentlich, sich nicht an der Wahlaufsicht zu beteiligen, sollte Bouteflika erneut kandidieren. Auch große Teile der Opposition riefen zum Boykott auf. Am 2. April 2019 trat Bouteflika schließlich mit sofortiger Wirkung zurück, nachdem die Armeeführung ihm aus gesundheitlichen Gründen zum Rücktritt geraten hatte. Am 12. Dezember 2019 fanden trotz anhaltender Proteste Präsidentschaftswahlen statt. Breite Teile der Opposition und der Hirak-Bewegung boykottierten den Urnengang, da ausschließlich Kandidat:innen des etablierten politischen Systems zur Wahl standen. Lediglich rund 40 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich – die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes. Der frühere Premierminister Abdelmadjid Tebboune, der den alten Eliten zugerechnet wird, gewann die Wahl, die insbesondere in der Armutsregion Kabylei und in Algier von Massenprotesten begleitet wurde. Diese andauernden Anti-Regime-Proteste prägten auch die vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 2021. Vertreter:innen der Opposition und der Hirak-Bewegung bewerteten die Wahlen als Versuch der politischen Elite, ihre Legitimität zu erneuern. Eine neue Verfassung trat 2021 schließlich unter Präsident Tebboune in Kraft. Der Verfassungsprozess blieb jedoch umstritten; die Hirak-Bewegung boykottierte die Abstimmung. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich 24 Prozent und nur ein geringer Teil der Gesamtbevölkerung stimmte der Reform zu. Kritiker:innen bemängelten, dass die Verfassung trotz einzelner rechtlicher Zugeständnisse keine tiefgreifenden politischen Reformen einleitete und zugleich die Befugnisse der Armee ausweitete. Auch bei der Präsidentschaftswahl im September 2024, bei der Tebboune mit rund 95 Prozent der Stimmen erneut wiedergewählt wurde, beteiligten sich nur etwa 48 Prozent der Wahlberechtigten.

### ***Der Islamist:innenaufstand***

Die Spannungen zwischen islamischen Fundamentalist:innen und dem als „sozialistisch“ geprägten algerischen Regime reichen bis in die frühen 1980er Jahre zurück. Im Jahr 1988 eskalierte der Konflikt erstmals offen, als Sicherheitskräfte einen landesweiten Aufstand gewaltsam niederschlugen. Polizei und Militär erschossen mehrere hundert, möglicherweise sogar tausend Demonstrierende. Als Reaktion auf den wachsenden gesellschaftlichen Unmut leitete Präsident Chadli Bendjedid politische Reformen ein. In diesem Zusammenhang

ließ die Regierung erstmals die islamistische Partei *Front Islamique du Salut* (FIS) zu Wahlen zu. Vor allem in ärmeren Bevölkerungsschichten und unter Arbeiter:innen gewann die FIS rasch erheblichen Rückhalt.

Als sich 1991 ein Wahlsieg der FIS abzeichnete, griff das Militär ein und brach den Wahlprozess ab. Anfang 1992 verbot die Militärführung die Partei und verhängte einen Ausnahmezustand, der 19 Jahre andauerte. Islamist:innen reagierten mit bewaffnetem Widerstand. Trotz umfassender Militäroperationen gegen islamistische Guerillagruppen und massenhafter Verhaftungen gelang es den algerischen Streitkräften nicht, den daraus resultierenden Bürgerkrieg einzudämmen oder zu beenden. Zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich teils über 500 Todesopfer. Zivilist:innen gerieten zunehmend ins Zentrum der Gewalt und wurden von allen beteiligten Konfliktparteien gezielt getötet. Insgesamt verloren in den 1990er Jahren schätzungsweise zwischen 100.000 und 150.000 Menschen infolge des Bürgerkriegs ihr Leben.

Nach seinem Amtsantritt verkündete Präsident Abdelaziz Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot für Rebell:innen. Dennoch nahm die Gewalt zu Beginn der 2000er Jahre zunächst weiter zu. Zwar waren von ursprünglich rund 27.000 Guerillakämpfer:innen nur noch etwa 700 in den Gruppen GIA und GSPC aktiv, dennoch starben im Jahr 2001 nach offiziellen Angaben rund 1.900 Menschen, darunter erneut zahlreiche Zivilist:innen.

Internationale Aufmerksamkeit erlangte der Konflikt 2003, als die GSPC im Februar und März mehrere ausländische Tourist:innen entführte. Die algerischen Streitkräfte reagierten mit einer groß angelegten Militäroffensive, die sie als erfolgreich darstellten. Nach Angaben der Armee zerschlugen sie die Rebell:innengruppen Anfang 2004 weitgehend. In einem Referendum im September 2005 stimmten über 97 Prozent der Bevölkerung für eine umfassende Amnestie für während der Unruhen begangene Straftaten. Mit dem Inkrafttreten der Amnestie im September 2006 machte Algerien einen zentralen Schritt im nationalen Versöhnungsprozess.

### ***Der Imazighenaufstand („Berberaufstand“)***

Neben den landesweiten politischen Konflikten prägt ein anhaltender Streit zwischen der algerischen Regierung und den Imazighen-Gemeinschaften die innenpolitische Lage. Obwohl die Mehrheit der Algerier:innen ethnisch auf die Imazighen zurückgeht, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel aktiv mit deren Kultur. Diese Bevölkerungsgruppe lebt überwiegend in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algier. Die übrigen rund 80 Prozent der Bevölkerung verstehen sich als Araber:innen und sind sowohl kulturell als auch politisch dominierend.

Die Spannungen nahmen in den frühen 1980er Jahren zu, als die Regierung eine umfassende Arabisierung der algerischen Gesellschaft durchsetzte. Die Imazighen widersetzten sich dieser Politik und forderten die Anerkennung ihrer kulturellen Eigenständigkeit. Unter Präsident Chadli Bendjedid räumte die Regierung den Imazighen in der Region Kabylei schließlich begrenzte Rechte ein, ihre Sprache und Traditionen an ausgewählten Schulen und Universitäten zu pflegen. Die kulturellen Konflikte schwächten sich dadurch jedoch nur teilweise ab.

Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation erneut während des sogenannten „Schwarzen Frühlings“, nachdem Sicherheitskräfte einen jungen Imazighen auf einer Polizeiwache außergerichtlich getötet hatten. In der Folge kam es zu massiven Protesten und gewaltsamen Auseinandersetzungen. Zwar erklärte das Parlament im Jahr 2002 die Sprache Tamazight zur

zweiten Amtssprache neben Arabisch, doch beruhigte diese Entscheidung den Aufstand in der Kabylei-Region nicht nachhaltig. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Imazighen inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption, ein Ende der strukturellen Benachteiligung der Region oder ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wiederholte Bombenanschläge auf Polizeieinrichtungen in der Kabylei-Region (bspw. im Februar 2007), weisen auf Aktivitäten bewaffneter Gruppen hin. Auch in jüngerer Zeit bleibt der Konflikt virulent. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2024 verhinderten die Sicherheitsbehörden nach eigenen Angaben einen Anschlag der 2001 gegründeten Gruppe Movement for the Self-Determination of Kabylie (MAK), die die algerische Regierung seit 2021 als Terrororganisation einstuft.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Mit 2.381.741 km<sup>2</sup> ist Algerien das größte Land Afrikas. Mehr als vier Fünftel des Territoriums bestehen allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko und Mauretanien, im Süden an Mali und Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

### Politische Situation in der Region

#### *Marokko*

Die Beziehungen zwischen Algerien und seinem westlichen Nachbarn Marokko sind seit der algerischen Unabhängigkeit im Jahr 1962 angespannt. Maßgeblich trugen die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des monarchischen „alten Königreichs“ Marokko und der neu gegründeten, „sozialistisch“ geprägten Republik Algerien zu diesem Konflikt bei. 1988 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später legten sie mehrere Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich bei. Trotz dieser Annäherungen hielten Algerien und Marokko an ihren grundlegend gegensätzlichen Positionen zur Westsahara-Frage fest. Dieser Konflikt paralyisiert bis heute die 1989 gegründete Union des Arabischen Maghreb (UMA) und verhindert eine vertiefte regionale Integration. Die Grenze zwischen beiden Staaten bleibt weiterhin geschlossen. Im August 2021 brach Algerien die diplomatischen Beziehungen zu Marokko erneut ab. Die algerische Regierung wirft Marokko Spionage sowie die Unterstützung terroristischer Organisationen vor. Seitdem verschlechtert sich das bilaterale Verhältnis weiter.

#### *Tunesien*

Die Beziehungen zwischen Algerien und Tunesien gestalten sich deutlich weniger problematisch als jene zu Marokko. Beide Staaten pflegen traditionell enge politische und wirtschaftliche Kontakte. 1983 unterzeichneten sie ein Verteidigungsabkommen und einigten sich gleichzeitig auf die Beilegung eines seit über zwei Jahrzehnten schwelenden Streits über den Grenzverlauf zwischen beiden Ländern.

#### *Libyen*

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten beider Regierungen und ähnlicher außenpolitischer Interessen lange Zeit sehr eng. In den 1970er Jahren unterstützte Libyen beispielsweise die Polisario-Befreiungsfront in der Westsahara. 1984 verschlechterte sich das Verhältnis jedoch abrupt, als Libyen

überraschend ein Bündnis mit Marokko bekanntgab. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm nach dem gemeinsamen Beitritt zur Union des Arabischen Maghreb (UMA) jedoch wieder ab und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre.

Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Dennoch besteht bis heute ein ruhender Grenzkonflikt, da Libyen 32.000 Quadratkilometer Wüste im Südosten Algeriens beansprucht. Im Dezember 2023 öffneten beide Staaten die seit acht Jahren geschlossene Grenze bei Ghadames-Debdeb erneut.

Der Bürgerkrieg in Libyen hat die Proliferation von Waffen in die Nachbarländer begünstigt und stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die gesamte Region, insb. im Sahel dar. Ein Indiz dafür ist die Eskalation des Konflikts in Nordmali: Bewaffnete islamistische Gruppen wie Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM) und Ansar Dine rückten Ende 2012 fast bis zur malischen Hauptstadt vor. Frankreich intervenierte im Januar 2013 und drängte die Gruppen zurück. Algerien befürchtet, dass AQIM seine Kapazitäten ausbaut oder einen Rückzug aus Mali nutzt, um die Grenzregion zu destabilisieren. Deshalb haben die algerischen Streitkräfte und Grenztruppen ihre Operationen in den Grenzgebieten zu Libyen und Mali seit dem Libyen-Konflikt deutlich verstärkt.

### ***Niger***

Seit dem Militärputsch im Nachbarstaat Niger im Juli 2023 verfolgt Algerien eine teils ambivalente Position. Während die algerische Regierung den Putsch als solches verurteilte, lehnte sie jedoch jegliche potenzielle Intervention durch die ECOWAS ab. Präsident Tebboune erklärte, eine externe militärische Aktion in Niger stelle eine direkte Bedrohung für Algerien dar und könne die gesamte Sahelregion „in Flammen setzen“. Algerien sei von der Krise besonders betroffen, da es fast tausend Kilometer Grenze mit Niger teile. Ein weiteres Abgleiten Nigers in Instabilität würde Risiken wie Schmuggel, grenzüberschreitende Kriminalität und die Ausbreitung dschihadistischer Gruppen verstärken und damit auch die Sicherheit Algeriens unmittelbar beeinträchtigen. Kurz zuvor hatte die algerische Regierung betont, dass ausschließlich der gestürzte Präsident Mohamed Bazoum als legitimes Staatsoberhaupt Nigers anzusehen sei – nichtsdestotrotz werde sie keine Gewalt gegen seine Nachbarn anwenden. Die militärische Präsenz an der Südgrenze wurde jedoch ausgebaut.

Der Kurs gegenüber Niger erklärt sich auch aus geopolitischen Erwägungen: Algerien bemüht sich, seine engen Beziehungen zu Russland nicht zu belasten. Russland ist der wichtigste Waffenlieferant und zentrale Trainingspartner der algerischen Streitkräfte und steht einer ECOWAS-Intervention kritisch gegenüber. Gleichzeitig versucht Algerien, seine Beziehungen zu westlichen Staaten nicht zu gefährden. Vor diesem Hintergrund erscheint es für Algerien als der sicherste Ansatz, die Junta politisch abzulehnen, sich jedoch zugleich jeder Beteiligung an großangelegten militärischen Operationen zu verweigern. Die Entwicklung in Niger besitzt für Algerien erhebliche sicherheitspolitische Relevanz.

### ***Mali***

Algerien und Mali pflegen traditionell enge Beziehungen, die vor allem durch gemeinsame sicherheitspolitische Interessen, historische Verbindungen und eine rund 1.400 Kilometer lange gemeinsame Grenze geprägt sind. Algerien spielte lange eine zentrale diplomatische Rolle in Mali, insbesondere als Vermittler im inner-malischen Konflikt. So war Algerien

maßgeblich an der Aushandlung des Friedensabkommens von Algier (2015) zwischen der malischen Regierung und bewaffneten Gruppen im Norden beteiligt.

Die bilateralen Beziehungen blieben auch nach den Militärputschen in Mali (2020, 2021) grundsätzlich bestehen, wenngleich sie sich spürbar abkühlten. Algerien hält auch hier offiziell am Prinzip der Nichteinmischung, der territorialen Integrität Malis und der Ablehnung militärischer Interventionen fest. Gleichzeitig betrachtet Algier auch die zunehmende Instabilität Malis als direkte Bedrohung der eigenen nationalen Sicherheit. Die malische Militärjunta distanziert sich zudem zunehmend vom Friedensabkommen von Algier und wirft seinem nördlichen Nachbarn vor, bewaffneten Gruppen im Norden Malis politischen Raum zu bieten.

### ***Union des Arabischen Maghreb (UMA)***

Im Februar 1989 gründeten Algerien, Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Union des Arabischen Maghreb (Union du Maghreb Arabe, UMA). Ziel dieses regionalen Zusammenschlusses ist sowohl die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und politischen Integration der Mitgliedstaaten (einschließlich der Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone), als auch eine engere politische Kooperation. Letztere misst insbesondere sicherheitspolitischen Fragen große Bedeutung bei; bereits der UMA-Gründungsvertrag enthielt ein regionales Verteidigungsabkommen. Die Fortschritte bei der Umsetzung der 1989 formulierten Zielsetzungen blieben jedoch äußerst begrenzt. Der intraregionale Handel ist bis heute gering. So wickelte Algerien im Jahr 2000 lediglich 1,5 Prozent seines Außenhandels mit UMA-Staaten ab; 2021 lag der intraregionale Handel der UMA insgesamt bei nur 2,4 Prozent. Mit Ausnahme Libyens fehlte es den Mitgliedstaaten zudem weitgehend an politischem Willen, eine Integration nach dem Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Als zentrales Hindernis für die Umsetzung der UMA-Ziele gilt weiterhin das angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 fand kein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs mehr statt. Auch ein für 2005 geplantes Treffen scheiterte an Differenzen über die Anerkennung und Unterstützung der Westsahara. Im April 2024 wurde zwar erneut versucht, die UMA im Rahmen eines Gipfeltreffens zu reaktivieren; ob daraus jedoch eine nachhaltige multilaterale Kooperation entsteht, bleibt vorerst offen.

### ***Südliches Afrika***

Trotz seiner führenden Rolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ist Algerien bis heute deutlich enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Staaten südlich der Sahara verbunden. Die Beziehungen zu den südlichen Nachbarstaaten gelten dennoch insgesamt als stabil. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauretanien konnte Algerien im Laufe der Zeit beilegen.

### ***Arabische Welt***

Algerien identifiziert sich offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser:innen gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt und Algerien lehnte auch jede Normalisierungsbestrebungen, etwa im Rahmen der Abraham-Abkommen, strikt ab.

## Grenzkonflikte

Momentan gibt es keine offen ausgetragenen Grenzkonflikte. Da Libyen ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion (rund 32.000 km<sup>2</sup>) in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem libyschen Nachbarn gesprochen werden.

## Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle hinsichtlich Großwaffensysteme. Hinsichtlich der Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen (SALW) besteht jedoch etwa die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons, welchem Algerien beigetreten ist. Auch trat Algerien im Rahmen der Afrikanischen Union dem Vertrag von Pelindaba über eine Atomwaffenfreie Zone in Afrika bei.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten US-amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terrorist:innen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige US-amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen Al-Qaida Organisation GSPC. Außerdem befinden sich US-amerikanische Spezialeinheiten im Rahmen der Trans-Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI) im nordafrikanischen Raum, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

Auch die militärischen Beziehungen zum Vereinigten Königreich wurden intensiviert. Im Jahr 2009 unterzeichneten die beiden Staaten einen Pakt über technologische und militärische Kooperation. Neben gemeinsamen Manövern und Ausbildungseinheiten, ist auch die Lieferung verschiedener Ausrüstungsgegenstände im Kontext des Paktes durchaus denkbar. Nach derzeitigem Stand wurden aber nie Streitkräfte nach Algerien verlegt.

Italien ist ebenfalls bestrebt (Stand 2023), die Kooperation mit Algerien zu vertiefen und ggf. auch Einheiten zur Ausbildung algerischer Soldat:innen zu entsenden. Im Januar 2025 wurde allerdings zunächst nur eine polizeiliche Ausbildung vereinbart. Zudem sind in den Nachbarländern Algeriens derzeit mehrere UN- und EU-Missionen aktiv, so etwa die UNSMIL oder EUBAM in Libyen (deren Hauptquartier in Tunesien ist) oder MINURSO in der Westsahara (an dem sich auch die Bundeswehr beteiligt).

Bis vor kurzem (teilweise bis Mitte 2024) waren zudem einige Streitkräfte im Rahmen weiterer Missionen in den Nachbarländern Algeriens aktiv, so etwa die MINUSMA in Mali, EUTM Mali und EUCAP Sahel Mali sowie EUCAP Sahel Niger und EUMPM Niger. Für letztere wurde die Bundeswehr mit einem Mandat bis zum 31.05.2024 ausgestattet – die Mission wurde durch Beschluss des Rats der EU aber nicht über den 30.06.2024 hinaus verlängert.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

**Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen**

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten (mit Einschränkung)	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Seit 2011 beteiligt sich Algerien aktiv am Kampf gegen den Terrorismus und kooperiert dazu eng mit den USA. 2011 nahm das Land am Global Counterterrorism Forum (GCTF) in New York teil. Im Kampf gegen die Ausbreitung des Islamischen Staats in Nordafrika und gegen Dschihadismus im Norden Malis arbeitete Algerien intensiv mit Frankreich zusammen. Seit Januar 2013 öffnete Algerien seinen Luftraum für französische Luftangriffe in den Rückzugsgebieten islamistischer Gruppen und unterstützte die Militäroperationen in Mali zudem mit Nachschub und Aufklärung. Algerien dient aufgrund seiner Größe seit Jahrzehnten als Rückzugsort für islamistische Untergrundzellen und verfügt über eine lange Erfahrung im Umgang mit bewaffneten extremistischen Gruppierungen. Auch das Attentat auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* im Januar 2015 führte nach Algerien zurück. Das Auswärtige Amt warnt weiterhin vor terroristischen Anschlägen, insbesondere in den Grenzgebieten.

Trotz dieser Bedrohungen zeigt der Global Terrorism Index 2025, dass Algerien mit einem Wert von 2,4 im regionalen Vergleich deutlich sicherer ist als Nachbarländer wie Mali (7,9) oder Niger (7,8), allerdings weniger sicher als Libyen (1,6), Marokko oder Mauretanien (beide 0,00). Zum Vergleich: Deutschland erreicht einen Wert von 4,7 und Frankreich 2,7. In den letzten zehn Jahren verzeichnete Algerien den größten Rückgang terroristischer Aktivitäten in der Region: 2023 gab es bspw. keinen Anschlag und keine Todesopfer, während 2010 noch 84 Anschläge und 138 Todesopfer registriert wurden.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Algerien ist ein wichtiger Umschlagspunkt für Drogen, insbesondere für Waren, die aus Marokko oder Tunesien nach Europa geschmuggelt werden. Die langen, porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und erschweren eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels. Obwohl die Grenze zwischen Algerien und Marokko seit 1994 geschlossen ist, kommt es weiterhin zu Drogenschmuggel. Drogen gelangen jedoch auch aus Westafrika nach Algerien und werden von dort weiter transportiert. Heroin spielt kaum eine Rolle, während Algerien im Kokainhandel als bedeutende Drehscheibe zwischen Lateinamerika und Europa gilt. Auch der Handel mit synthetischen Drogen nahm in den letzten Jahren deutlich zu. Das meistgehandelte Produkt bleibt aber weiterhin Cannabis.

Im Global Organized Crime Index 2025 belegte Algerien Platz 103 von 193 Ländern. Organisierte Netzwerke betreiben in dem Land nicht nur Drogenschmuggel, sondern vor allem auch Menschenhandel und Waffenhandel oder Schutzgelderpressung – vor allem in den südlichen Regionen. Algerien fungiert dabei sowohl als Transit- als auch als Zielland. Trotz einzelner Erfolge gelang es der Regierung bislang nicht, das Ausmaß der organisierten Kriminalität signifikant zu reduzieren.

**Tabelle 15**

### *Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen*

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Unterschrieben (nicht ratifiziert)	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### UN-Berichterstattung

Algerien boykottiert, wie die meisten arabischen und nordafrikanischen Staaten, das UN-Waffenregister (UNROCA). Hintergrund hierfür sind vor allem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch an der Berichterstattung über Militärausgaben der Vereinten Nationen nimmt Algerien nicht teil und übermittelt keine Angaben.

Im Rahmen des Program of Action on small arms and light weapons berichtet Algerien aber seit 2003 regelmäßig – zumeist im zweijährigen Turnus und zuletzt im Jahr 2024. Da das Land dem Internationalen Waffenhandelsvertrag nicht beitrug, liegt hier entsprechend keine Berichtspflicht vor.

### Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist dürftig, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine dokumentierten Fälle bekannt, in denen Algerien selbst ein internationales Waffenembargo unterlaufen hätte oder belegte unerlaubte Wiederausfuhr aus staatlichen Beständen vorliegen.

Es wird jedoch angenommen, dass illegale Waffenflüsse über die algerischen Grenzen nach Niger und Mali stattfinden, wo sie nichtstaatlichen Gruppen und Rebell:innen in die Hände gelangen. Viele dieser Waffen stammen aus den Beständen des algerischen Bürgerkriegs sowie insb. dem Bürgerkrieg in Libyen, die sich seit dem Sturz Gaddafis 2011 weit verbreitet im nordafrikanischen Schwarzmarkt verteilt haben. Krieg und Zerfall staatlicher Kontrolle in Libyen führten zu einer Schwemme unkontrollierter Waffen, die über poröse Grenzen auch nach Algerien und weiter in den Sahel gelangten – was die regionale Sicherheit enorm erodieren ließ.

Die Vereinten Nationen und Algerien selbst heben hervor, dass unzureichendes Management von Waffenbeständen das Risiko birgt, dass kleine und leichte Waffen (SALW) in unautorisierte Hände übergehen, und dass Algerien Gesetze und Kooperationen verstärken müsse, um dies zu verhindern. In UN-Berichten betonte Algier noch im Juni 2024 die Notwendigkeit, die illegale Verbreitung von SALW zu bekämpfen und dafür sowohl national als auch regional wirksame Kontrollen und Strafverfolgung zu etablieren, einschließlich der Untersuchung von Fällen, bei denen Waffen aus Lagern abhandengekommen sein könnten. Einen Nationalen Aktionsplan oder konkrete Ziele legte Algerien allerdings nicht vor. Auch liegen keine weiteren Informationen zu verschwundenen Waffen vor.

Um den Schmuggel zu bekämpfen hat Algerien in der Vergangenheit reagiert: Es verstärkte seine Grenzsicherung, verlegte zeitweise tausende Soldat:innen an die Grenze zu Mali und seinen anderen südlichen Nachbarn und nahm wiederholt illegale Waffenhändler:innen fest. Im Mai 2014 kontrollierte die Regierung Grenzgebiete zu Mauretanien, Mali,

Niger und Libyen mit Militär und Sicherheitskräften, um Schmuggelaktivitäten einzudämmen. Noch in einem Bericht des UNODA aus dem Jahr 2023 wird jedoch festgehalten, dass Algerien im Jahr 2018 die Handelsroute zwischen Mali und Algerien als die drittmeistgenutzte Schmuggelroute der Sahelregion einschätzte.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 10

#### Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Algeria's economy continues to rebound from the impacts of the COVID-19 pandemic and the Hirak protests. Oil production has returned to pre-pandemic levels, with the service sector and agricultural activity also experiencing a resurgence. Improved external balances have been driven by higher global hydrocarbon prices. Nevertheless, inflation remains high, standing at 9.4%. To safeguard purchasing power, the government has taken measures such as raising civil service salaries and introducing unemployment benefits. Nonetheless, this level of spending may pose a challenge if gas prices decline in the future.

To address these challenges and stimulate economic growth, Article 139 of the Finance Law 2021 has repealed the regulation that previously restricted foreign ownership, commonly known as the "51/49 rule," for goods and services production. This revision also extends exceptions to cover activities such as importing raw materials, products, and merchandise for resale, as well as activities of strategic importance. However, these activities will still require a national resident shareholding participation of up to 51%.

In addition to its economic developments, Algeria is making strides in the startup sector. In December 2022, the country hosted the inaugural "African Startup Conference," and the government has shown a commitment to supporting Algerian startups, emphasizing the importance of economic management and training for young entrepreneurs. The goal is to have one million project holders by 2023, with the establishment of the Algerian Startup Fund serving as a crucial step toward achieving this objective.

Quelle: [BTI 2024 Algeria Länderbericht: BTI 2024 \(bti-project.org\)](https://bti-project.org)

### Tabelle 16

#### Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

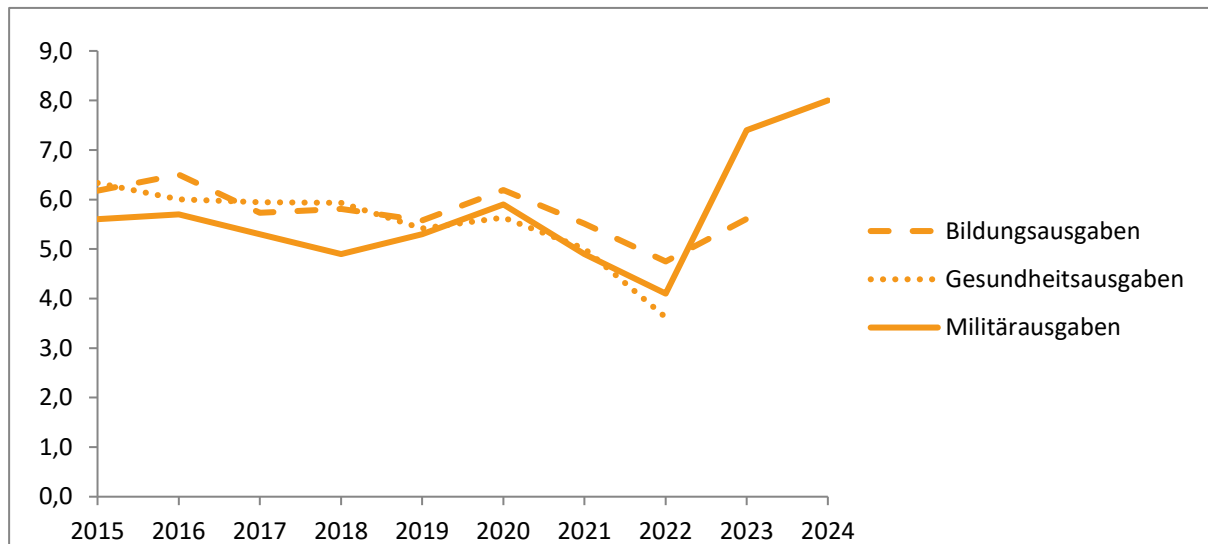
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	11577	10794	10441	18264	20423
Militärausgaben/BIP	5,9	4,9	4,1	7,4	8,0
Gesundheitsausgaben/BIP	5,6	5,0	3,6	-	-
Bildungsausgaben/BIP	6,2	5,5	4,7	5,6	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	5492	5178	7379	7129	7315
Anteil am BIP (in Prozent)	2,8	3,1	4	3,2	3
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	117,86	111,7	132,71	166,15	-
Net ODA (% of GNI)*	0,07	0,08	0,09	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	14,51	16,51	28,94	20,05	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	191	184	178	208	213

	2020	2021	2022	2023	2024
Index-Platzierung	12	14	15	8	6

Tabelle 19

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Libyen	Militarisierungswert	-	-	136	104	104
	Index-Platzierung	-	-	32	68	67
Mali	Militarisierungswert	123	132	121	130	135
	Index-Platzierung	52	42	48	37	36
Marokko	Militarisierungswert	166	163	163	159	157
	Index-Platzierung	18	18	20	21	23
Mauretanien	Militarisierungswert	142	134	123	127	124
	Index-Platzierung	29	38	45	39	47
Niger	Militarisierungswert	79	74	101	114	119
	Index-Platzierung	104	108	68	57	53
Tunesien	Militarisierungswert	124	122	122	120	120
	Index-Platzierung	47	50	47	48	51

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	1255	1574	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	4,3	5,3	-

		2020	2021	2022	2023	2024
Mali	Militärausgaben (absolut)	655	668	611	785	906
	Militärausgaben/BIP	3,4	3,4	3,1	3,8	4,2
Marokko	Militärausgaben (absolut)	5190	5342	5309	5185	5318
	Militärausgaben/BIP	4,0	3,7	3,8	3,6	3,5
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	245	262	241	277	277
	Militärausgaben/BIP	2,4	2,3	2,1	2,3	2,2
Niger	Militärausgaben (absolut)	254	200	259	332	404
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,4	1,6	2,0	2,2
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	1307	1312	1254	1208	1230
	Militärausgaben/BIP	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Tabelle 21**  
**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,753	0,742	0,755	0,761	0,763
HDI-Wert (Männer)	0,781	0,769	0,783	0,788	0,791
HDI-Wert (Frauen)	0,691	0,682	0,694	0,700	0,702
GDI-Wert	0,884	0,887	0,887	0,888	0,887

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/DZA>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

### Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 14,1 % sind Frauen (15+ jährige) sehr deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (68,2 %). Damit liegt Algerien weit unter dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49 %). Im Jahr 2022 waren zudem nur rund 16 % aller Unternehmensinhaber und nur jedes zehnte Vorstandsmitglied weiblich. Zahlen zu Frauen in Top-Managementpositionen oder Mehrheitseigentümerschaften liegen für Algerien nicht vor. Auch finden sich keine offiziellen Angaben zur Größe des informellen Sektors (er könnte 20 bis 30 % des BIP ausmachen), sodass unklar bleibt, wie unterschiedlich stark Frauen und Männer in diesem Sektor arbeiten. Insgesamt sind Frauen in Algerien

hinsichtlich Bildung und Gesundheit relativ gut aufgestellt, hinsichtlich wirtschaftlicher und politischer Partizipation aber ausgesprochen schlecht.

Laut Gender Development Index (GDI) zählt Algerien zur Gruppe der Länder mit „sehr niedriger Gleichheit“ im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,881 liegt Algerien deutlich unter globalen Durchschnitt von 0,955. Es zeigen sich entsprechend große geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: zwar haben Frauen eine um 2,8 Jahre höhere Lebenserwartung und 1,3 mehr erwartete Schuljahre (also durchschnittliche zu erwartende Schuldauer der heute geborenen) – diese Vorteile werden aber durch das große Lohngefälle überlagert. Auch laut Gender Gap Report sind Frauen hinsichtlich aller drei Bildungssektoren bessergestellt: im primären und sekundären nur sehr leicht (2 bzw. 5 Prozentpunkte mehr bei Einschulungsraten), deutlich hingegen im tertiären, wo sie mit 67,3 % zu 44,3 % deutlich häufiger ein Studium aufnehmen. Das Lohngefälle ist aber extrem ausgeprägt und hat sich in der vergangenen Dekade auch nur minimal gebessert: lag der Anteil weiblichen Einkommens 2014 mit schätzungsweise 4.611 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) bei nur 19 % des männlichen Einkommens (24.803 US-Dollar), so lag es im Jahr 2023 noch immer bei nur 22 %. In absoluten Zahlen sank der Gender Pay Gap damit um gerade einmal 922 Dollar. Männer verdienen 2023 durchschnittlich 24.554 US-Dollar, Frauen nur 5.284.

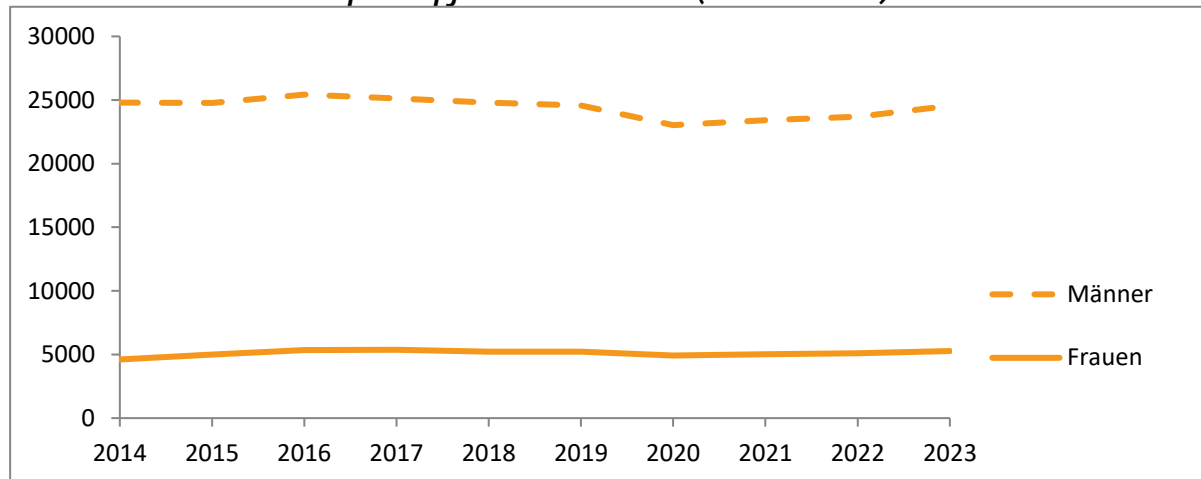
Geschlechter-Disparitäten zeigen sich auch im Gender Inequality Index (GII), welcher reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Algerien erreicht hier einen Wert von 0,443 und schneidet damit leicht überdurchschnittlich ab (weltweiter Durchschnitt von 0,455). Damit belegt das Land Rang 114 von 172 Ländern. Dies ist insb. auf die annähernde Bildungsparität zurückzuführen. In den beiden Dimensionen politische und ökonomische Beteiligung schneidet Algerien nicht gut ab. Zu Beginn des Jahres 2025 waren bspw. lediglich 13,3 % der Ministerien (4 von 30); 7,9 % des Unterhauses bzw. der Volksnationalversammlung (Assemblée populaire nationale; 32 von 407 Sitzen) und 4,1 % des Oberhauses bzw. Nationalrats (Conseil de la Nation; 7 von 170 Sitzen) weiblich besetzt.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2026“ zeigt zudem, dass Algerien bei der formalen rechtlichen Gleichstellung von Frauen mit 45,5 von 100 Punkten den globalen Durchschnitt (67) deutlich unter-, den regionalen Durchschnitt der MENA-Region (43,2) jedoch leicht übertrifft. Erhebliche Defizite bestehen in den Bereichen Zugang zu Arbeit, Unternehmertum sowie Eigentums- und Erbrechte (jeweils nur 25 Punkte) sowie beim Schutz vor Gewalt gegen Frauen (31,25 Punkte). Weitere Defizite bestehen insb. bei Kinderbetreuung und Rente. Am besten schneidet Algerien bei Gesetzen zu Bewegungsfreiheit für Frauen (87,5 Punkte) ab. Bei den praktischen unterstützenden Rahmenbedingungen – also Politiken, Institutionen und Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellungsregeln – fällt Algerien mit lediglich 22,1 Punkten deutlich hinter den globalen (46,83) und sogar den regionalen Durchschnitt (36,25) zurück. Besonders gravierend: in den Bereichen Sicherheit, Bezahlung, Kinderbetreuung und Unternehmertum erhält Algerien jeweils 0 Punkte, hinsichtlich Gleichheit am Arbeitsplatz nur 8,25 und hinsichtlich Eigentums nur 12,5 Punkte. Lediglich bei institutionellen Maßnahmen zur Gleichstellung in der Ehe erreicht Algerien volle Punktzahl. Expert:innen, die die Umsetzung und Wirkung der vorhandenen Regeln bewerten (47,3 Punkte), kommen jedoch zu einem etwas positiveren Schluss und sehen die Rechte insb.

in den Bereichen Mobilität, Pensionen, Bezahlung, Heirat und Elternschaft zumindest tendenziell gut durchgesetzt (55 – 87 Punkte). Doch auch hier zeigt sich: insb. Sicherheit von Frauen und ihre wirtschaftlichen Rechte werden nur unzureichend staatlich durchgesetzt.

### Schaubild 7

#### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index

#### Zusammenfassung Kriterium 8:

Algerien gehört mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 5.370 US-Dollar (2024) zur Gruppe der Länder mit gehobenem bis mittlerem Einkommen (upper-middle income economy). Mit einem Wert von 0,763 auf dem Human Development Index (HDI) rangiert Algerien 2023 auf Platz 96 von 193 Staaten; es zählt damit zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Die soziale Lage vieler Algerier:innen bleibt jedoch problematisch, insbesondere ist die Arbeitslosigkeit (11,4 %) hoch, vor allem unter jungen Menschen (29,8 %). Gleichzeitig ist Algerien in sehr starkem Maße militarisiert (Rang 6 im aktuellen Global Militarisation Index). So sind die Militärausgaben in einigen Jahren – so auch zuletzt – deutlich höher als Bildungs- oder Gesundheitsausgaben.

#### Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 5.370 US-Dollar (Atlas-Methode) im Jahr 2024 zählt Algerien der Weltbank zufolge zur Gruppe der Länder mit einem gehobenem bis mittlerem Einkommen („upper-middle income economy“). Die Auslandsverschuldung Algeriens gemessen am BIP betrug zuletzt 3,0 Prozent (2023), was als niedrig einzuordnen ist.

Mit Ausnahme des Jahres 2020, als das BIP in Folge des Ausbruchs der Covid-19-Pandemie um 5 Prozent schrumpfte, verzeichnet Algerien in den letzten Jahren einen zumeist soliden Anstieg des BIP zwischen 1 % und 4 % (zuletzt 3,7 %). Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist im letzten Jahrzehnt gestiegen und erreichte 2024 mit 14 % einen Höhepunkt. Insgesamt ist dieser Anteil als relativ hoch zu bezeichnen. Dieser Sektor ist besonders anfällig für Wetter- und Klimarisiken, arbeitsintensiv und erzielt zugleich nur geringe Wertschöpfung. Hier besteht demnach eine gewisse Vulnerabilität. Mit 22,6 % liegt auch der Anteil der durch natürliche Ressourcen erzielten Renten ausgesprochen hoch. Dahingehend sind die Kohlenwasserstoffproduktion und Exporteinnahmen daraus für die Wirtschaft Algeriens von zentraler Bedeutung und haben Algerien zu maßgeblichen

wirtschaftlichen Fortschritten verholten. Dieser Sektor machte zwischen 2016 und 2021 gut 19 Prozent des algerischen BIP, 93 Prozent der Produktexporte und 38 Prozent der Haushaltseinnahmen aus. Das BIP-Wachstum 2021 nach der durch die Covid-19-Pandemie induzierten Rezession war vor allem auf die starke Erholung dieses Sektors zurückzuführen. Industrie (inkl. Baugewerbe) machte 2024 rund 36,2 % und das Verarbeitende Gewerbe 9 % der Wirtschaftsleistung aus. Zwischen 2021 und 2023 wies die Wirtschaft allerdings hohe Inflationsraten von etwa 7 – 9 % auf. Zuletzt war diese aber wieder auf 4 % gesunken.

Algerien möchte jedoch die eigene Wirtschaft stärker diversifizieren, um die Einnahmequellen und Beschäftigungsmöglichkeiten breiter aufzustellen. Laut dem Harvard Atlas of Economic Complexity konnte Algerien seine wirtschaftliche Komplexität in den vergangenen Jahren bereits steigern, bleibt angesichts des Einkommensniveaus aber unterdurchschnittlich. Es belegt im weltweiten Ranking Platz 88 von 145.

### Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,763 auf dem Human Development Index (HDI) rangiert Algerien 2023 auf Platz 96 von 193 Staaten und zählt damit zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Relation zu seinen Nachbarländern schneidet Algerien auf dem HDI sehr gut ab: Während Tunesien (Platz 105), Libyen (Platz 115) und Marokko (Platz 120) dem Index zufolge ebenfalls über eine „hohe menschliche Entwicklung“ verfügen, weisen Mauretanien (Platz 163) eine „mittlere“ und Mali (Platz 188) und Niger (Platz 189) eine „niedrige menschliche Entwicklung“ auf. Zum Vergleich: Deutschland rangiert auf Platz 5.

Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug zuletzt 0,1 Prozent, was einen gänzlich unproblematischen Wert darstellt, da hier keine Abhängigkeit bestehen kann. Die soziale Lage vieler Algerier:innen bleibt dennoch problematisch. So ist die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, hoch. Im Jahr 2024 lag die Arbeitslosigkeit nach Schätzungen der ILO bei 11,4 Prozent. Im selben Jahr lag die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 29,8 Prozent. Dem Sustainable Development Report zufolge steht Algerien u. a. in Hinblick auf SDG 8 („decent work and economic growth“) vor erheblichen Herausforderungen mit einem stagnierenden Trend, vor allem was Arbeitsrechte angeht. Armut (SDG 1) gilt demnach hingegen als erreicht: 2011 lebten 0,5 Prozent der Algerier:innen mit maximal 2,15 US-Dollar am Tag in extremer Armut; neuere Daten liegen allerdings nicht vor. Algerien weist eine sehr junge Bevölkerung und ein hohes Bevölkerungswachstum von 1,4 Prozent (2024) auf. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielte Algerien im Jahr 2011 einen Gini-Koeffizienten von 27,6, auch hier liegt kein neuerer Wert vor. Grundsätzlich ist ein derartiger Gini-Koeffizient als nicht besonders hoch einzuordnen – die schlechte bzw. inaktuelle Datenlage schränkt die Aussagekraft allerdings erheblich ein.

Die Bildungsausgaben Algeriens betragen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 5,8 Prozent am BIP. Der Höhepunkt lag mit 6,2 % im Jahr 2020. Die weiterhin bestehenden großen Herausforderungen hinsichtlich des SDG 4 („quality education“) sind primär auf eine geringe Alphabetisierungsrate zurückzuführen. Diese lag 2008 bei 75 %. Auch die Gesundheitsausgaben erreichten im letzten Jahrzehnt (2015) mit 6,3 Prozent am BIP ihren Höhepunkt; seither sind sie auf zuletzt 3,6 % gesunken. Auch im Hinblick SDG 3 („good health and well-being“) bestehen entsprechend noch „signifikante Herausforderungen“. In Relation dazu betragen die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 5,7 und zuletzt sogar 8 %, was ein sehr hoher Anteil ist. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) von

2025, welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, rangiert Algerien daher auch auf Platz 6 von 151 Staaten – es ist folglich „sehr stark“ militarisiert und gegenwärtig das am stärksten militarierte Land Afrikas.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

